

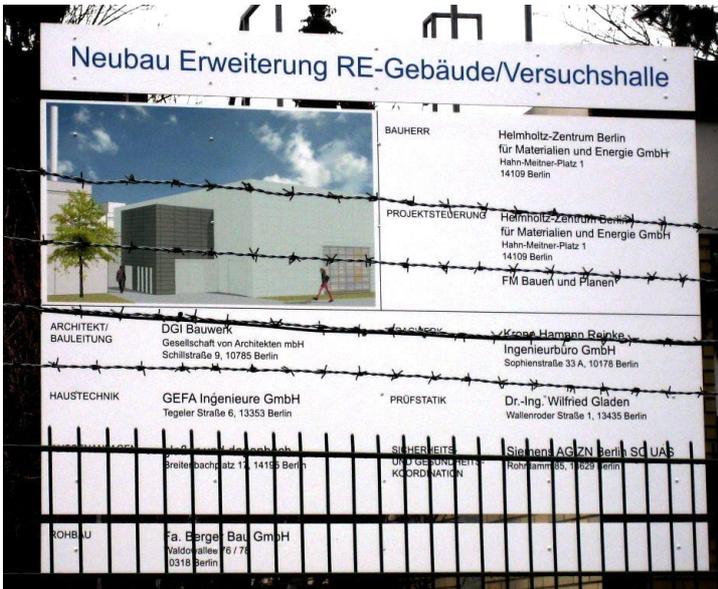
Nr. 55

Dezember
IV/2011

Tarantel

Zeitschrift der Ökologischen Plattform
bei der Partei

DIE LINKE.



Der Berliner Forschungsreaktor BER II (Berliner Experimentierreaktor) in Berlin-Wannsee. Vier Jahrzehnte ist er alt, mit seiner 10 Megawatt Leistung wird seine Bedeutung meist unterschätzt. Er befindet sich ohne vorgeschriebenes Containment ungeschützt in einer einfachen Werkhalle mitten in einem Wohngebiet. Seit über einem Jahr ist er still gelegt, angeblich wegen einer routinemäßigen Wartung. Lediglich die angeschlossene Experimentierhalle sollte umgebaut werden...Die Forschung ermöglicht die Entwicklung extrem belastungsfähiger Materialien, die auch unter Kriegsbedingungen funktionsfähig sind. So konnte Deutschland zum drittgrößten Waffenexporteur weltweit aufsteigen und sich erfolgreich an Kriegen beteiligen.

Aufruf zur Kandidatur für den 3. Parteitag

Einschätzung Erfurter Parteitag und Programm

Sofortiger Atomausstieg - geht das?

**Der imperiale Charakter der deutschen
Rohstoffindustrie**

In eigener Sache

Konferenzbericht

am 26.11.11 fand die lange vorbereitete Konferenz „**Im Frieden und im Krieg – Militär zerstört Natur**“ statt. Der Teilnehmerkreis war recht intim, da bundesweit gleichzeitig mehrere andere wichtige Treffen und Aktionen veranstaltet wurden. Dennoch wurde die Konferenz von mehreren Teilnehmern als gelungen bezeichnet, nicht zuletzt wegen der fundierten Vorträge und Diskussionen. Hartmut Ring aus Hamburg gab zunächst einen Abriss über „Militär, Umweltschutz und [Kriegsvölker-] Recht“, in dem deutlich wurde, dass für das Militär in allen gesetzlichen Umweltschutzauflagen Ausnahmestimmungen gelten. Im zweiten Teil wurde das Ausmaß der ökologischen Folgen von Rüstung, Militär und Krieg deutlich.

Daran schloss sich der Vortrag von Prof. Krusewitz „Wie NATO-Staaten Umweltkriege führen“ an. Leider war Prof. Krusewitz im Krankenhaus, so dass Prof. Götz Brandt den Vortrag verlesen hat. In dem Vortrag wurde die Entwicklung der Umwelt-Kriegsstrategie der NATO, beginnend vom Vietnamkrieg der USA bis hin zu den Kriegen auf dem Balkan dargestellt, wobei auch und besonders die Entwicklung des Einsatzes konventioneller Waffen gegen zivile Objekte betrachtet wurde. Im Ergebnis wurde nachgewiesen: „Seit dem Irakkrieg gehört die wissenschaftlich angeleitete Umweltkriegsführung zum strategischen Repertoire der NATO.“

Frau Prof. i.R. Inge Schmitz-Feuerhake, die an der Uni Bremen auf dem Gebiet der biologischen Dosimetrie und Strahlenbiologie geforscht hat, berichtete über die genetischen Folgen niedriger Strahlendosen, die beim Einsatz von DU-Munition eine Rolle spielen, sowie von der Behinderung der

Arbeit bei der Aufklärung von AKW-Schäden durch Staat und Kraftwerksbetreiber. Sie warnte vor der systematischen Verharmlosung der gesundheitlichen Folgen der Radioaktivität auch geringer Dosis, da diese Gefahr auch nach dem Ausstieg aus der Atomenergetik bestehen bleibt. Das Problem wird dadurch verschärft, dass die aufgenommenen Dosen nicht gemessen, sondern auf Grundlage zweifelhafter und unklarer Annahmen berechnet werden.

Unser Internetauftritt

soll bis zum Jahresende aktualisiert werden. Die Webadresse bleibt auch weiterhin <http://www.oekologische-plattform.de>. In diesem Zusammenhang werden sich jedoch **ab 1.1.2012** die **E-Mail-Adressen** ändern:

kontakt-oekoplattform@web.de

→ kontakt@oekologische-plattform.de

zeitschrift-oekoplattform@web.de

→ tarantel@oekologische-plattform.de

information-oekoplattform@web.de

→ info@oekologische-plattform.de

Aufruf für Kandidaturen zum PT

Liebe Mitglieder der LINKEN in der Ökologischen Plattform,

der dritte Parteitag naht und daher müssen wir im ersten Quartal 2012 neue Delegierte wählen. Um die Briefwahlunterlagen rechtzeitig fertigzustellen, bitten wir diejenigen von Euch, die für die Ökologische Plattform als Delegierte kandidieren wollen, sich beim SprecherInnenrat mit einer kurzen Selbstdarstellung zu melden.

Bitte denkt daran, dass Ihr mit einer Kandidatur zum Parteitag auch Verpflichtungen gegenüber den anderen Plattformmitgliedern übernehmt und gebt mit an, wie Ihr die bundesweite Plattform aktiv unterstützt (z.B. Bundestreffen, Koordinierungsrat).

Erste Einschätzung des Erfurter Parteitages und der Programmdebatte innerhalb der Ökologischen Plattform

Wenn Ihr diese Zeilen lest, ist der Mitgliederentscheid zu unserem neuen Parteiprogramm bestimmt schon mit positivem Ergebnis zu Ende gegangen und ich hoffe, Ihr habt alle von eurem Stimmrecht Gebrauch gemacht.

Gesine Franke

„In Erfurt stimmten 503 Delegierte (96,9%) für das Programm. Vier Delegierte votierten dagegen und zwölf enthielten sich der Stimme. Von insgesamt 1.400 Änderungsanträgen wurden 350 tatsächlich behandelt, von denen 18 eine Mehrheit fanden. Nicht behandelt wurden all jene Anträge, die durch eine Blockabstimmung de facto unter den Tisch fielen. In einer Blockabstimmung entscheiden die Delegierten zunächst darüber, ob ein jeweiliger Antragsabschnitt so belassen wird, wie z.B. der Parteivorstand diesen eingereicht hat, oder ob Veränderungen gewünscht werden. Nur wenn diese gewünscht werden, wird über die einzelnen Änderungsanträge abgestimmt. Eine Reihe von Blockabstimmungen wurden direkt vom Parteivorstand erbeten, damit die vor dem Parteitag erzielten Kompromisse nicht noch einmal prinzipiell in Frage gestellt werden. Es ging dabei um den Arbeitsbegriff, den öffentlichen Beschäftigungssektor, die Passagen zu Israel, die Friedenspolitik und die Haltelinien, die als Kriterium einer Regierungsbeilegung der Linkspartei dienen sollen.“

Die Programmdebatte innerhalb der Ökologischen Plattform wurde durch die Veröffentlichung eines Entwurfs zum Umweltpart von Marko Ferst unter dem Titel: „Eine ökologische Zivilisation einrichten“ bereits im März 2008 eröffnet.

Nach der Veröffentlichung des ersten Entwurfs für ein Programm der Partei DIE LINKE im März 2010 gründete sich aus Mitgliedern der Ökologischen Plattform und der BAG Umwelt Energie Verkehr im April 2010 eine gemeinsame Programmgruppe.

Höhepunkte der Programmdebatte der ökologisch bewegten Linken waren die beiden von der Ökologischen Plattform organisierten Tagungen. Die erste fand am 11.09.2010 zum Thema: „Linke ökologische Programmatik“ und die zweite am 12.03.2011 zum Thema „Nachhaltige Schrumpfung der Wirtschaft“ statt. Diese Konferenz wurde zeitnah in den Beiträgen zur Umweltpolitik dokumentiert. Mit dieser Broschüre waren wir am 21. und 22. Mai auf der attac-Konferenz „Jenseits des Wachstums“ präsent.

Als Ergebnis der Arbeit der Programmgruppe (an der sich zum Schluss auch Umweltpolitiker der Bundestagsfraktion beteiligten) wurde am 31.03.2011 ein Änderungsantrag für das komplette Kapitel IV.3 und eine Liste mit 20 Änderungsanträgen zu anderen Kapiteln beim Parteivorstand bzw. der Antragskommission eingereicht. Unser Vorschlag zum Kapitel IV.3 wurde vom Parteivorstand übernommen und damit Bestandteil des Leitantrages zum Parteitag. Von der Liste mit den 20 Änderungsanträgen zu anderen Kapiteln wurden immerhin 15 in den neuen Programmtext eingearbeitet.

Mit der Veröffentlichung des Leitantrages an die 2.Tagung des 2. Parteitages zum Programm der Partei DIE LINKE am 11.07.2011 begann eine neue Etappe der Diskussion. Bis zum Termin 22.09.2011 reichten wir gemeinsam mit der BAG Umwelt Energie Verkehr zwei Änderungsanträge und als Ökologische Plattform zehn Änderungsanträge ein. Nach der Parteivorstandssitzung am 16.10.2011 trafen sich Manfred Wolf, Petra Beck und Gesine Franke mit Wolfgang Methling, um

zu erfahren, dass vier Anträge (168.1; 168.8; 168.10 und 169.1) teilweise vom Parteivorstand noch in den Leit-antrag übernommen wurden. Wolfgang Methling benannte die Änderungsanträge die aus der Breite der Partei zum Kapitel IV.3 eingegangen sind. Außerdem besprachen wir, dass wir alle weiteren acht Änderungsanträge der Ökologischen Plattform auf dem Parteitag einbringen wollen.

Schon zu diesem Zeitpunkt hatte ich Zweifel, wie das gelingen könnte. Aus beruflichen Gründen konnte ich erst Freitag Abend anreisen. Unser zweiter Delegierter war kurzfristig erkrankt. Somit war die ökologische Plattform in der Programmdebatte auf dem Parteitag schwach, zeitweise nicht vertreten.

Am Samstag war dann im Laufe des Tages unser Kapitel IV.3, welches mittlerweile die Nummer IV.4 bekam, auf der Tagesordnung. Der erste Abschnitt zum „sozial-ökologischen Umbau“ wurde vom Parteitag nicht geöffnet, d.h. die Änderungsanträge wurden gar nicht abgestimmt. Der zweite Abschnitt „Klimaschutz und Energiewende“ wurde geöffnet, letztendlich fand aber keiner der Änderungsanträge Mehrheiten. Sowohl der Abschnitt „Mobilität für alle“ als auch der Abschnitt „Regionale Wirtschaftskreisläufe“ wurden nicht geöffnet.

Zukünftig sollten wir bereits in der Diskussionsphase zu Änderungsanträgen darüber nachdenken, wer welchen Antrag auf dem Parteitag einbringen kann. Wir sollten auch die nicht von uns nominierten, ökologisch interessierten Parteitagsdelegierten aber auch Mitglieder bzw. Mitarbeiter der Bundestagsfraktion

motivieren können, unsere Anträge einzubringen. Zumindest bei der Beratung zum letzten Bundestagswahlprogramm hat das gut funktioniert.

Gesine Löttsch:

„Wir haben nach der Atomkatastrophe von Fukushima den Programmwurf in einem Punkt deutlich präzisiert. Wir wollen den sozial-ökologischen Umbau. Wir wollen die soziale Frage mit der ökologischen Frage unauflösbar verbinden“.

An dieser Stelle ein herzliches Dankeschön an Brigitte Ostmeyer für ihr Wirken in der Antragskommission.

„Die den Gesamtverlauf der Programmdebatte charakterisierende Haupttendenz der Bewahrung der Grundlinie des Entwurfs bzw. des Leitantrags widerspiegelte sich auch im Parteitagsverlauf. Sowohl

die Reden von Gesine Löttsch und Klaus Ernst als auch die von Gregor Gysi und Oskar Lafontaine waren kapitalismuskritisch bis antikapitalistisch und gingen davon aus, dass DIE LINKE gerade angesichts der sich vertiefenden und zugleich erweiternden Krise, der Kriege und all der anderen elementaren Verwerfungen der Profitgesellschaft mehr gebraucht wird denn je. Gearbeitet werden müsse besonders daran, dass diese objektive Notwendigkeit, mehr als gegenwärtig, Praxis im Alltag wird. Mit parlamentarischen Möglichkeiten ausgestattet müsse unsere Partei vor allem Teil der sich entwickelnden Bewegungen werden, die weltweit für die Interessen der 99% kämpfen.

Klaus Ernst:

„Dieses Land braucht auch keine zweite grüne Partei, aber sehr wohl eine Partei, die konsequent für einen ökologischen Umbau kämpft...“.

Gregor Gysi:

„Die einzigen, die in Zusammenhang mit der ökologischen Umwälzung, zum Beispiel dem Verbot der Atomenergie etc., die soziale Frage stellen, sind wir“.

Das beschlossene Parteiprogramm orientiert letztlich auf einen Systemwechsel - die Überwindung der Diktatur des Profits. Ebenso, wie die Reden der Protagonisten DER LINKEN befasste sich ein großer Teil der Debattenbeiträge und der mündlichen Antragsbegründungen mit den Schwerpunkten Friedenspolitik, Antifaschismus und mit dem Widerstand gegen Sozialkassenschlag und Umweltzerstörung. Der Gedanke des Inter-

nationalismus spielte eine größere Rolle als auf vorangegangenen Parteitag...

Es war kein Zufall, dass der Parteitag mit einer berührenden Episode abschloss: Die erste Strophe der Internationale wurde mit Musikbegleitung gesungen. Dann endete das Band. Ein nicht kleiner Teil von Delegierten blieb im Saal und sang, von der Regie so nicht angedacht, die weiteren zwei Strophen der Internationale.

Noch einmal zurück zum Parteitagungsverlauf: Es wurden auch Satzungsfragen behandelt, aus Zeitgründen nicht bis zu Ende. So blieben auch zwei Anträge aus dem Kreisverband Vogtland-Plauen unbehandelt, in welchen gefordert wird, den Zusammenschlüssen der Partei ihre Delegiertenmandate überhaupt zu nehmen, bzw. ihnen nur noch Delegierte mit beratender Stimme zuzubilligen. Die Zeit bis zum Parteitag in Göttingen am 2./3. Juni 2012 müssen wir gemeinsam mit anderen Zusammenschlüssen nutzen, um das zu verhindern...“

Quelle:

Brombacher, Ellen Die Grundlinie des Programmwurfes hatte Bestand

<http://www.die-linke.de/index.php?id=8903>

Die Ökologie im Parteiprogramm

Grundsätzlich gehören wir Plattformen wohl zur großen Mehrheit in der Partei DIE LINKE, die den Abschluss einer umfangreichen und anspruchsvollen Arbeit der ganzen Partei mit dem Erfurter Parteitag sowie den wesentlichen Inhalt des neuen Programms mit seiner politischen Ausrichtung begrüßt.

Auch die Ökologische Plattform kann von sich sagen, dass sie gemeinsam mit der BAG Umwelt, Energie, Verkehr zu diesem für die weitere Entwicklung der Partei ermunternden Ergebnis ihren spezifischen Beitrag geleistet hat. Dabei ging es uns vor allem um eine kritische Analyse der ökolo-

gisch relevanten Teile und Passagen der vorliegenden Entwürfe des Parteiprogramms sowie die Erarbeitung von Änderungsvorschlägen. Besonders verdient machten sich unsere Mitstreiter Marko Ferst und Götz Brand.

Marko hat einen Textvorschlag für die Neufassung des Teiles im Entwurf mit der Überschrift: „Wie erhalten wir Natur und Gesellschaft? Sozial-ökologischer Umbau“ vorgelegt. Dieser Vorschlag wurde in einigen Beratungsrunden unserer Programmarbeitsgruppe modifiziert und ergänzt und fand dann schließlich über Zustimmung im Parteivorstand, Leitantrag an den Parteitag, Beschluss des Parteitages als Pkt. IV.3 Eingang in das nun vorliegende Programm.

Götz hat in einer Synopse von Textstellen des Programmtextes und öko-sozialen Positionen der Plattform auf nach unserer Auffassung unzulängliche Aussagen des gesamten Entwurfstextes hingewiesen, was schließlich ebenfalls nach gründlichen Debatten zu weiteren von uns eingebrachten Anträgen an den Parteitag führte.

Die Frage nach dem Erfolg unserer Arbeit in Richtung Parteiprogramm kann also insgesamt positiv beantwortet werden, allein schon auf Grund der Übernahme der in der Arbeitsgruppe erarbeiteten Neufassung besagten Umweltabschnittes ins Programm. Von unseren weiteren 12 Anträgen wurden 4, teilweise mit geringfügigen Änderungen, bereits durch den Parteivorstand in den Leitantrag übernommen.

Dennoch haben wir Grund zu partieller Unzufriedenheit mit bestimmten Passagen des nunmehr beschlossenen Programms.

Als besonders bedauernswert sehen wir es an, dass wieder Formulierungen ins Programm gekommen sind, die wir aus den letzten Wahlprogrammen zum Europa-Parlament und zum Bundestag bereits her-

Manfred Wolf

aus halten konnten und von denen wir glaubten, dass sie somit nicht mehr zu den Positionen der Mehrheit in der Partei gehören: Formulierungen, die undifferenziert Wirtschaftswachstum, Stärkung der Binnenkaufkraft bzw. der inländischen Nachfrage befürworten. So z.B. heißt es jetzt an einer Stelle im Programm: „Die heutige Renditefixierung, die ausschließlich den Eigentümern beziehungsweise den Aktionären nützt, muss abgelöst werden durch ein Wirtschaften, das den Unternehmenserfolg am langfristigen Wachstum, an den Interessen der Beschäftigten sowie an der ökologischen Nachhaltigkeit misst“. Ein diesbezüglicher Antrag der Plattform wollte die Worte „am langfristigen Wachstum“ ersetzt haben durch „am Beitrag zur Befriedigung der gesellschaftlichen Bedürfnisse“. Wir meinten in unserer Begründung, dass sich Wachstum, noch dazu langfristiges, und ökologische Nachhaltigkeit ausschließen. An einer anderen Stelle des Programms wird dagegen richtigerweise eine drastische Senkung des Energie- und Materialverbrauchs gefordert.

Mit der neuerlichen Hofierung von Wirtschaftswachstum in einem Parteiprogramm fallen wir weit hinter allgemein anerkannte Positionen von Wissenschaftlern und Politikern zurück, die über den Zeitraum einer Wahlperiode hinaus schauen können, die erkennen, dass die Natur mit einem „weiter so“, vor allem mit der Wirtschaft der Industrieländer, die Fähigkeit verliert, dem Menschen und vielen anderen Arten weltweit gesunden Lebensraum und Nahrung zu bieten.

Wir meinen, dass es einer linken Partei in Deutschland nicht darum gehen kann, die Wirtschaftspolitik der regierenden Parteien, die auf die Sicherung von Profit und einer führenden Position im Konzert der großen Wirtschaftsmächte fixiert ist, zu überneh-

men oder gar in diese Richtung gehende „bessere“ Lösungen anbieten zu wollen. Auf Wachstum und Binnenkaufkraft ausgerichtete Forderungen und Ambitionen können angesichts des zwangsläufigen Endes einer Wachstumswirtschaft nicht mehr zukunftsweisend sein.

Unsere Zeit verlangt aber vor allem Visionen, die Ausarbeitung einer völlig neuen Politik. Berufen dazu sind linke Parteien gemeinsam mit linken gesellschaftlichen Kräften.

Aus den Ländern

Position zu ausgewählten Aspekten der Energiestrategie des Landes Brandenburg

Beschluss der
Sitzung der
Landesarbeitsge-
meinschaft
Umwelt der Partei
DIE LINKE
Brandenburg am
01.10.2011

Die Landesarbeitsgemeinschaft unterstützt den Inhalt des Abschnittes IV.3. „Wie erhalten wir Natur und Gesellschaft? Sozial-ökologischer Umbau“ des Programmentwurfes der Partei DIE LINKE und empfiehlt dessen Einbeziehung in die Energiestrategie 2030 des Landes Brandenburg.

Klimaschutzziele nicht aufgeben!

Die Energiepolitik der Partei DIE LINKE steht für konsequenten Klimaschutz. Die in der Energiestrategie 2020 festgeschriebenen Klimaschutzziele dürfen nicht in Frage gestellt werden. Rot-rote Klimaschutzpolitik darf nicht hinter rot-schwarze Ziele aus dem Jahr 2008 zurückfallen. Dazu haben sich die SPD und DIE LINKE im Koalitionsvertrag verpflichtet. Die Energiestrategie 2020 sieht eine Senkung der Treibhausgasemissionen gegenüber 1990 um 40 Prozent bis zum Jahr 2020 und um weitere 35 Prozent bis zum Jahr 2030 vor. Die Emissionen Brandenburgs müssen dafür auf

54,6 Millionen Tonnen im Jahr 2020 und 22,8 Millionen Tonnen CO₂-Ausstoß im Jahr 2030 begrenzt werden. Neue Braunkohlekraftwerke sind mit dieser Zielsetzung nicht vereinbar, ob mit oder ohne CCS.

Zur Netzregelung beim Ausbau der Erneuerbaren Energien erfolgt gegebenenfalls der Neubau flexibler Gaskraftwerke in Brandenburg. Sie können helfen, den Weg ins erneuerbare Zeitalter konsequent zu gehen. Die Landesregierung muß nach strengen Maßstäben prüfen, ob dafür eine Abweichung vom Klimaschutzziel für 2030 um maximal 2,3 Millionen Tonnen in Kauf genommen werden muß. Dezentralen Lösungen und bestmöglicher Wärmeausnutzung ist der Vorrang einzuräumen. Anders als Braunkohlekraftwerke vermeiden diese Gaskraftwerke durch ihre geringen spezifischen Emissionen höheren CO₂-Ausstoß an anderer Stelle. Zusätzliche Emissionen aus Braunkohlekraftwerken dürfen in der Energiestrategie des Landes nicht toleriert werden. Ebenso darf das deutlich weniger ambitionierte Klimaschutzziel für 2020 in keinem Fall aufgeweicht werden.

Ausbauziele Erneuerbarer Energien

Brandenburg gehört bereits zu den führenden Bundesländern beim Ausbau der Erneuerbaren Energien. Es wird zukünftig im Sinne von Akzeptanz wie Nachhaltigkeit darauf ankommen, die Qualität der Lösungen in den Mittelpunkt zu stellen, d.h. ihre Effizienz und Naturverträglichkeit sowie eine verbesserte Beteiligung der Bürger an den Entscheidungsprozessen wie an den Gewinnen. Energie sollte regional erzeugt und verbraucht werden. Statt so viel wie möglich, sollte Brandenburg so nachhaltig wie möglich Strom erzeugen.

Stromexport im sinnvollen Rahmen

Rechnerisch wird sich unser Land um das Jahr 2020 mit erneuerbarem Strom selbst versorgen. Perspektivisch kann Brandenburg auch einen Teil des Berliner Bedarfes aus Erneuerbaren Quellen abdecken. Eine vollständige Mitversorgung Berlins ist jedoch nicht per se ein erstrebenswertes Ziel. Brandenburg muss vielmehr unterstützen, dass in Berlin vorhandene erneuerbare Potenziale konsequent genutzt werden, insbesondere bieten sich Fotovoltaik, Solarthermie und Wärmespeicher für die verbrauchernahe Nutzung an. Solange Brandenburg fossile Kraftwerke betreibt, werden auch in Berlin fossile KWK-Lösungen für den Übergang ins erneuerbare Zeitalter nötig sein. Energieexporte aus Brandenburg dürfen deshalb keine effizienteren (KWK-) Lösungen in Berlin verdrängen.

Auch im Jahr 2030 wird Brandenburg vor allem durch das Kohlekraftwerk Schwarze Pumpe, mögliche flexible Gaskraftwerke sowie einige kleinere fossile Anlagen einen immensen Stromüberschuss erzeugen, der zur Deckung des bundesweiten Bedarfes einen wichtigen Beitrag leisten wird. Doch Stromexport kann nicht das Ziel nachhaltiger Energiepolitik sein. Ein weiteres Braunkohlekraftwerk ist daher abzulehnen.

CCS-Technologie endlich beerdigen

Die Abscheidung, der Transport und die unterirdische Lagerung von Kohlenstoffdioxid (CCS) kann für Mensch bzw. Umwelt riskant und zudem teuer sein. Nach wie vor fehlt die für eine Risikotechnologie notwendige breite Unterstützung in der Bevölkerung. Auch die LAG Umwelt lehnt CCS ab. Die CCS-Technologie ist nur der krampfhafteste Versuch, die Braunkohleverstromung über viele Jahrzehnte weiterzuführen. Doch selbst mit dem geplanten CCS-Kraftwerk in Jämschwalde werden die Klimaschutzziele

der rot-schwarzen Landesregierung aus dem Jahr 2008 nicht erreichbar sein. Daher ist CCS auch keine Klimaschutzoption für Brandenburg. Der im Koalitionsvertrag formulierte Vorrang für Erneuerbare Energien kann durch CCS behindert werden (z.B. Geothermie oder Windspeicher)

Herkömmliche Kraftwerke optimieren

Das Braunkohlekraftwerk Schwarze Pumpe wird voraussichtlich auch nach dem Jahr 2030 in Betrieb sein. Erhöhungen des elektrischen Wirkungsgrades, der Teillastfähigkeit oder der Wärmeauskopplung an diesem Standort sind daher zu prüfen. Braunkohle bleibt aber der klimaschädlichste Brennstoff. Eine Verlängerung der Kraftwerkslaufzeit, insbesondere des deutlich ineffizienteren Kraftwerkes Jänschwalde, wird von der LAG Umwelt deshalb nicht befürwortet.

Der Umbau ist sozial verträglich möglich

Die Arbeitskräfte in der Braunkohlewirtschaft dürfen nicht für Angstkampagnen instrumentalisiert werden. Der Umbau der Energiewirtschaft in Brandenburg kann sozial verträglich gestaltet werden. Bisher werden Zahlen zur Beschäftigung in der Braunkohlewirtschaft oft stark überhöht angegeben, während keinerlei Arbeitsplatzprognosen für künftige Tagebaue und Kraftwerke existieren. Statt durch interessengeleitete Gutachten der Kohlewirtschaft werden unabhängige Expertisen benötigt. Zu einer Reduzierung der Kraftwerkskapazitäten käme es (frühestens) in etwa zehn Jahren. Angesichts dieses Zeithorizontes und der Altersstruktur der Belegschaft ist es möglich, den Umbau sozial verträglich zu gestalten. Hierbei ist insbesondere das Unternehmen Vattenfall in der Pflicht. In der Energiebranche in Berlin-Brandenburg wird zunehmend ein Mangel an Fachkräften beklagt. Deshalb ist die Situation in keiner

Weise mit dem Arbeitsplatzabbau in der Kohlewirtschaft in den 1990er Jahre vergleichbar.

Keine öffentlichen Gelder in die Braunkohlewirtschaft

Forschung zum Energieträger Braunkohle ist Aufgabe derer, die damit in den vergangenen Jahren massive Gewinne erwirtschaften konnten. Zugleich veranlasste Vattenfall im Jahr 2009 aktiv, dass durch bundesweiten Ausgleich mit anderen Teilen des Unternehmens die Gewerbesteuerentnahmen der Braunkohlenregion deutlich sinken. Öffentliche Gelder des Landes Brandenburg für Braunkohle-Forschungen sind vor diesem Hintergrund völlig unangebracht. Vielmehr sollten die Möglichkeiten erforscht werden, Energie zu speichern, effizient zu nutzen und einzusparen. Darüber hinaus darf der Rohstoff Braunkohle nicht weiter indirekt subventioniert werden. Die Landesregierung hat erste Schritte in Richtung einer Nutzungsgebühr für die Wasserentnahme zwecks Grundwasserabsenkung der Tagebaue unternommen, nun müssen entsprechend dem Koalitionsvertrag nach dem Vorbild anderer Bundesländer (z.B. Nordrhein-Westfalen) weitere folgen.

Keine neuen Tagebaue

DIE LINKE in Brandenburg hat an der Seite vieler Umweltgruppen, betroffener Gemeinden und anderer Parteien gegen den Aufschluss neuer Braunkohletagebaue gekämpft. Gemeinsam wurde eine Volksinitiative durchgeführt. Die LAG Umwelt steht weiter zu diesem Ziel. Die Vernichtung von Dörfern und Kulturlandschaft durch den Braunkohleabbau ist nicht hinzunehmen.

Atomkraft/Energie

Wir haben sehr vernünftige Gründe. DIE LINKE will sofortigen Atomausstieg - (wie) geht das?

DIE LINKE tritt nicht erst seit der Katastrophe von Fukushima, sondern bereits seit ihrer Gründung im Juni 2007 für den sofortigen Ausstieg aus der Nutzung der Atomenergie für die Strom- und Wärmeerzeugung sowie für die schnellstmögliche vollständige Energieversorgung aus erneuerbaren Ressourcen ein. Diese Position hatte schon die PDS eingenommen. Trotzdem ist DIE LINKE in der Öffentlichkeit nicht als die konsequenteste deutsche Anti-Atom-Partei wahrgenommen worden. Das hat verschiedene Ursachen.

Als ich 2002 in einem Leitartikel für das Neue Deutschland forderte: 2050 - 100 % erneuerbare Energien, gab es nicht wenige (auch führende) Genossen, die meinten, dass das nicht ginge. Inzwischen ist nicht nur klar, dass das möglich ist, sondern auch, dass der Ausstieg aus der Nutzung der nuklearen und fossilen Energieressourcen notwendig ist. Wir haben dafür keine ideologischen Gründe (wie immer wieder behauptet wurde und immer noch behauptet wird), sondern sehr vernünftige Gründe: die Begrenztheit und deshalb Erschöpflichkeit der Ressourcen, die Belastungen und Gefahren für Mensch und Umwelt, die Beschleunigung des Klimawandels, die zahlreichen ungelösten Probleme der Lagerung der z. T. noch viele Jahrtausende radioaktiven Abfälle, die steigenden Preise für abnehmende nukleare und fossile Vorräte. Es ist dagegen sehr unvernünftig, die in wenigen Jahrzehnten oder Jahrhunderten zu Ende gehenden fossilen Ressourcen weiter für Strom und Wärme zu verbrennen und dabei CO₂ zu erzeugen, anstatt sie für

Wolfgang
Methling

höhere Zwecke (als Rohstoff für die chemische Industrie, für Kraftstoffe, als Werkstoff für Leichtkonstruktionen u. a.) zu schonen. Künftige Generationen werden uns dafür kritisieren, dass wir auf ihre Kosten die fossilen Ressourcen vergeudet haben, oder nicht mehr wissen, dass wir Erdgas, Erdöl und Kohle für die Energieerzeugung verbrannt haben.

Natürlich können die nach menschlichem Ermessen fast unerschöpflichen Energiequellen Sonne (Solarthermie, Fotovoltaik, Wasserkraft, Wind, Meeresenergie, Biomasse, Biogas, obere Erdwärme), Tiefengeothermie und Mond (Gezeiten) nicht zum Nulltarif nutzbar gemacht werden. Die Natur stellt zwar keine Rechnungen, aber die für ihre Nutzung erforderliche Technik verursacht Kosten und ist oft mit Eingriffen in die Umwelt verbunden. Deshalb muss auch der Verbrauch erneuerbarer Energien radikal gesenkt werden.

Der unverzügliche Ausstieg aus der Kernenergie und die mittelfristige vollständige Ablösung der Ausbeutung der fossilen Energiequellen durch erneuerbare Energien ist eine wahre Herkulesaufgabe, aber sie ist lösbar. Verantwortungsbewusste Politik muss dafür unumkehrbar die Weichen stellen und nicht dem Profitstreben der Energiemonopole Folge leisten. Die Energieversorgung der Zukunft aus erneuerbaren Ressourcen wird dezentral sein (müssen), denn die Solarenergie kommt dezentral vor. Die Energiefrage zu stellen und zu beantworten, erfordert auch, die Systemfrage zu stellen - für die Wirtschaft und für die gesamte Gesellschaft. Oskar Lafontaine hat sie bereits 2007 und der leider vor wenigen Monaten verstorbene Sozialdemokrat Hermann Scheer hat sie mehrfach (zuletzt 2010) für das Energiewirtschaftssystem gestellt und beantwortet: Träger einer dezentralen Energieerzeugung und -verteilung werden vor allem

Kommunen, Bürgervereinigungen und Genossenschaften sein. Konzerne werden immer bestrebt sein, zentrale Strukturen zu errichten und höchstmöglichen Profit zu erzielen. Eine demokratische Kontrolle des Staates, der Parlamente und Bürger ist grundsätzlich einfacher bei öffentlichem Eigentum.

Öffentliches Eigentum ist keine zwingende oder ausreichende Voraussetzung für eine dezentrale Energieversorgung mit erneuerbaren Energien, aber eine günstige Bedingung. Das gilt auch für andere Bereiche des sozial-ökologischen Umbaus, insbesondere zur Sicherung der Daseinsvorsorge (Wasser, Abwasser, Abfall, Verkehr, Gesundheitsschutz, Naturschutz, Klimaschutz u.a.). Deshalb verbindet DIE LINKE in ihrer aktuellen Programmdiskussion und (hoffentlich) in der praktischen Politik die Lösung der ökologischen Frage mit den dafür entscheidenden Politikfeldern (Kapitalismuskritik, soziale Frage, Eigentumsfrage, Wachstumsfrage, Dezentralität, Demokratie, Bildung, Frieden). Insofern ist DIE LINKE die einzige konsequente ökologische Partei.

Profil geschärft

Die LINKE hat insbesondere mit ihren Hamburger Konferenzen zu Energie - Klima - Macht (2007 und 2010) aber auch auf Konferenzen der Rosa-Luxemburg-Stiftung (zuletzt im Juni und Oktober 2010) deutlich ihr ökologisches Profil geschärft. Ebenso trägt die aktuelle Programmdiskussion wesentlich dazu bei. Ausdruck der landespolitischen Profilierungen sind z. B. die Energiekonzepte der Linkspartei in Hamburg (2010) und Thüringen (2011) sowie die Landtagswahlprogramme in Brandenburg (2010) und Mecklenburg-Vorpommern (2011). DIE LINKE beteiligte und beteiligt sich auch seit Jahren aktiv an Volksinitiativen und Bürgerinitiativen gegen die Atom-

energie-Politik, Steinkohlekraftwerke, CCS-Technologie u. a. Trotzdem wird der Linkspartei bei Umfragen selten ökologische Kompetenz zuerkannt. Das wird sich erst dann ändern, wenn das Führungspersonal und die Mitglieder unserer Partei und Fraktionen auf Bundes- und Landesebene, aber auch kommunale Verantwortungsträger dauerhaft dem Ökologischen (in Verbindung mit dem Sozialen, der Wirtschaft, der Demokratie und der Friedenspolitik) eine zentrale Bedeutung beimessen. Das kann die besondere politische Innovation, das Alleinstellungsmerkmal der LINKEN sein. DIE LINKE hat kaum eine politische Zukunft als eine weitere grüne Partei, sondern nur, wenn sie überzeugende Konzepte für den sozial-ökologischen Umbau der gesamten Gesellschaft (in Verbindung mit den genannten entscheidenden Politikbereichen) vorlegt und die sympathische Perspektive auf eine nichtkapitalistische Gesellschaft eröffnet.

***Was wir brauchen,
sind ein paar verrückte Leute.
Seht Euch an, wohin uns die
normalen gebracht haben.***

George Bernhard Shaw

Zur ökologischen und energiepolitischen Profilierung der LINKEN kann auch das Atomenergie-Ausstiegskonzept der Bundestagsfraktion der Linkspartei, das im Mai 2011 vorgestellt wurde, beitragen. In diesem Konzept wird glaubhaft dargestellt, dass der vollständige Ausstieg aus der Atomenergie sofort beginnen und bis 2014 abgeschlossen sein kann. Für den Ausstieg werden unter der Überschrift "Wann, wenn nicht jetzt!" folgende sieben Schritte und Handlungsfelder beschrieben:

1. Sofortige Stilllegung von elf Atomkraftwerken
2. Vollständiger Atomausstieg bis zum Ende des Jahres 2014
3. Atomausstieg ins Grundgesetz
4. Klimaschutz und Atomausstieg - kein Widerspruch
5. Strompreise sozial abfedern - Marktaufsicht wahrnehmen
6. Atomausstieg schafft Arbeitsplätze
7. Energiekonzerne entmachten - Energie-wende demokratisieren.

Die sofortige und dauerhafte Stilllegung wird für die ältesten sieben Atomkraftwerke (AKW) Biblis A, Neckarwestheim 1, Biblis B, Brunsbüttel, Isar 1, Unterweser und Philippsburg 1 sowie das Pannen-AKW Krümmel gefordert. Auch das in einem Erdbebengebiet liegende AKW Neckarwestheim 2 sowie die AKW Grundremmingen B und C sollen vom Netz gehen. Die von diesen elf AKW erzeugte Strom-Nettoleistung von 10 bis 11 Gigawatt (GW) kann durch die überschüssige zur Verfügung stehende Kapazität des deutschen Kraftwerk-parks abgesichert werden. Dieses Leistungspotenzial schließt eine Langfristreserve von 6,6 GW sowie eine Kaltreserve von 1,6 GW ein. Der Weiterbetrieb eines AKW als Kaltreserve (wie von der Bundesregierung beabsichtigt) ist deshalb nicht erforderlich.

Die restlichen sechs AKW (mit sieben GW) werden bis Ende 2014 überflüssig, da bis dahin zahlreiche neue Gas- und Kohlekraftwerke (mindestens 11 GW) ans Netz kommen. Demzufolge können die AKW Brokdorf und Philippsburg 2 im Jahr 2012, Grohnde und Grafenrheinfeld 2013 sowie Isar 2 und Emsland 2014 stillgelegt werden. Es gibt also keinen versorgungsbedingten Grund, dass die Bundesregierung erst 2022 die letzten AKW abschalten will. Selbst der Evangelische Kirchentag

forderte vor wenigen Tagen den Atomausstieg bis 2017.

Die Fraktion DIE LINKE hat im April dieses Jahres einen Gesetzentwurf in den Bundestag eingebracht, der eine Änderung des Grundgesetzes zum Verbot der Nutzung von Atomenergie und Atomwaffen anstrebt. Dieser Vorschlag wurde strikt abgelehnt, aber nunmehr hat sich auch die SPD für die unumkehrbare Verankerung des Atomausstiegs im Grundgesetz ausgesprochen.

Der von der LINKEN vorgeschlagene frühzeitige Ausstieg aus der Atomenergie führt zwar in den nächsten Jahren zu einer vorübergehenden Erhöhung der CO₂-Emission. Aber der schnellere Ausbau der erneuerbaren Energien wird in den Jahren nach 2020 diese temporäre Zunahme ausgleichen.

DIE LINKE geht davon aus, dass kurz- und mittelfristig moderate Preissteigerungen für Strom auftreten können. Sie fordert deshalb eine wirksame Strommarktaufsicht (insbesondere der großen Energiekonzerne) und eine Abfederung der erhöhten Preise für Haushalte mit geringem Einkommen.

Die Apologeten der Atomenergie warnen vor Arbeitsplatzverlust durch die Stilllegung von AKW. Sie verschweigen jedoch den bedeutend größeren positiven Arbeitplatzeffekt beim Ausbau der Kraftwerke und Einrichtungen für die erneuerbaren Energien sowie den Rückbau der AKW. Das Wachstum in diesem Bereich ist nachhaltig und deshalb wünschenswert.

DIE LINKE ist die einzige Partei mit bundespolitischer Bedeutung, die den Atomausstieg und den Übergang zu vollständig erneuerbarer Energie mit der Brechung der Macht der Energiekonzerne verbinden will. Sie fordert die Überführung der Strom- und Gasnetze in öffentliche Hand, Rekommunalisierung der Energieversorgung und

Neuorganisation der Energieerzeuger, z. B. in Genossenschaften. Die Energiewende kann nur dann demokratisch gestaltet werden, wenn Aufsichts- und Beiräte von parlamentarischen Gremien, Gewerkschaften, Umwelt- und Verbraucherverbänden die Entscheidungshoheit haben, wenn die Bevölkerung informiert und in die Entscheidungen einbezogen wird.

Aus dem oben Darstellten wird deutlich, dass der von der LINKEN seit vielen Jahren geforderte unverzügliche Ausstieg aus der Nutzung der Atomenergie für die Stromerzeugung nicht nur möglich, sondern auch notwendig ist. Die Linkspartei erweist sich durch die nur von ihr hergestellte Verbindung der Energiepolitik mit den entscheidenden Politikbereichen (Eigentum, Soziales, Demokratisierung, Dezentralisierung, Kommunalisierung u. a.) als konsequenteste Anti-Atom-Partei in Deutschland. Die öffentliche Wahrnehmung ihrer energiepolitischen Positionen wird umso mehr erfolgen, als die führenden Repräsentanten der Partei und Fraktionen auf allen Ebenen diesen wichtigen sozial-ökologischen und wirtschaftlichen Bereich engagiert vertreten und die Mitglieder sich zahlreich an außerparlamentarischen Aktionen beteiligen.

Eva Bulling-Schröter
30.06.2011

Das Gesetzespaket führt zu einer extremen sozialen Schieflage

2. und 3. Lesung, u.a. - Atomgesetz-Novelle - Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) - Gesetze zur Änderung des Gesetzes zur Errichtung eines Sondervermögens "Energie- und Klimafonds" (EKFG-ÄndG) - Gesetzes über Maßnahmen zur Beschleunigung des Netzausbaus der Elektrizitätsnetze

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Herr Kauch, Ihre Antwort zeigt: Sie sind die Getriebenen. Genau deshalb muss dieser Atomausstieg anders als der im Jahr 2000 unumkehrbar werden. Wir brauchen einen unumkehrbaren Ausstieg und das nicht erst in drei Legislaturperioden, sondern wesentlich eher.

Der Atomausstieg, das ist das eine; zukunftsfähige Energieversorgung zu organisieren, das ist das andere. Für DIE LINKE ist ganz klar: Die Energiewende muss einen Anteil der regenerativen Energien von 100 Prozent zum Ziel haben, und sie muss sozial gestaltet werden.

Wenn ich mir die Gesetzentwürfe anschau, komme ich zu dem Schluss: Da droht schon eine gewisse Energiearmut für einkommensschwache Haushalte. Darum einige Worte zur Novelle des Gesetzes über den „Energie- und Klimafonds“. Der Fonds soll Verlässlichkeit bei der Energiewende garantieren. Da geht es um soziale Absicherung, um regenerative Energien, um den Ausbau.

Ich frage mich: Ist das so? Ab 2013 gibt es nur noch eine Säule, nämlich die Versteigerungserlöse aus dem Emissionshandel. Das heißt also: Wenn die Preise für CO₂-Zertifikate sinken, ist weniger Geld in dem Fonds. Das ist eine Gefahr, auf die ich hinweisen möchte.

Der Fehler ist ein Helfer im Lernprozess – er besteht sogar aus den gleichen Buchstaben wie jener.

Detlef Träbert

Alternativ hätte man die Kernbrennstoffsteuer erhöhen können. Ich denke aber, die Koalition wollte es sich nicht weiter mit den AKW-Betreibern verscherzen. Schade. Wir brauchen mehr Geld in diesem Fonds. Denn wir alle wissen: Die Energiewende kostet viel Geld.

Was enthält dieser Fonds? Forschung für Elektromobilität. Die Sachverständigen haben gesagt, sie gehöre nicht hinein. Elektromobilität wird die Probleme des Individualverkehrs nicht lösen, das wissen wir alle, und wenn sie mit Atomkraftstrom betrieben wird, dann sowieso nicht.

Eine der größten Sünden sind die Zuschüsse für energieintensive Unternehmen in Höhe von 500 Millionen Euro. Das ist der vierte Mechanismus zur Subventionierung der energieintensiven Unternehmen. Die Zuschüsse sind gedacht als Ausgleich für emissionshandels-bedingte Strompreiserhöhungen.

Um eines klarzustellen, damit Sie uns das nicht wieder vorwerfen: Natürlich sind wir für eine angemessene Unterstützung der Unternehmen, wenn ein relevanter Teil der Produkte im internationalen Wettbewerb steht. Schließlich gibt es jenseits der EU vielfach keine vergleichbare Umweltgesetzgebung. Doch man muss berücksichtigen, dass Firmen bereits seit Jahren entlastet werden:

Erstens: Der Spitzenausgleich und andere Nachlässe bei der Stromsteuer bringen den Unternehmen 4,2 Milliarden Euro jährlich.

Zweitens: Die Ausgleichsregelungen im EEG. Und das ist der Hammer: Während die Bürgerinnen und Bürger über die EEG-Umlage die Energiewende finanzieren müssen, wird bei der Industrie Geld damit verdient. Denn die Erneuerbaren führen an der Börse zu strompreissenkenden Effekten in Höhe von 0,6 Cent pro Kilowattstunde.

Das heißt also: Es gibt einen Einspeisevorrang für erneuerbare Energien, wodurch der jeweils teuerste Strom aus fossilen Rohstoffen überflüssig wird. Die EEG-Umlage für große energieintensive Unternehmen aber wird auf 0,05 Cent pro Kilowattstunde begrenzt. Das heißt: Das Ganze ist eine Gelddruckmaschine, das wird auch von der Bundesregierung zugegeben.

Drittens: Die kostenlose Vergabe der CO₂-Zertifikate an die Industrie im Rahmen des Emissionshandels ab 2013. Hier hat sich die Lobby schamlos durchgesetzt. Deutlich mehr Unternehmen als die Zahl derjenigen, die tatsächlich mit energieintensiven Produkten im internationalen Wettbewerb stehen, profitieren davon.

Viertens: Ich habe es schon genannt: Die zusätzliche Kompensation von Strompreiserhöhungen für die Industrie in Höhe von 500 Millionen Euro.

Und noch etwas: Die Bundesregierung hat letzten Monat bei der EU-Kommission Zuschüsse von über 1 Milliarde Euro angemeldet; das haben wir zufällig erfahren. Wir fragen uns: Wer bezuschusst eigentlich die Bürgerinnen und Bürger mit kleinem Einkommen?

Sollen die alles allein tragen? Im Bereich der energetischen Gebäudesanierung gibt es Steuererleichterungen und Förderungen. Das ist ja gut, aber vor allem für die Menschen, die ohnehin nicht arm sind und Steuern zahlen.

Fazit: Das Gesetzespaket führt zu einer extremen sozialen Schieflage. Das halten wir für ungerecht. Wir wollen, dass der sozialökologische Umbau von der breiten Bevölkerung akzeptiert wird. Dabei geht es nicht nur um Ökologie, sondern auch um soziale Aspekte. Das muss gewährleistet sein. Sonst bekommen wir die Akzeptanz nicht hin, die wir dringend brauchen für 100 Prozent regenerative Energien.

Konsequent für neue Energie?

Unter dem Motto Konsequent für neue Energie! fand am Sonnabend die Bundesdelegiertenkonferenz der Partei Bündnis 90/DIE GRÜNEN statt. Dort hat sich die Mehrheit der Delegierten hinter den Merkelschen Atomkompromiss gestellt. Konsequent heißt für die Grünen also,

... einem "Atomausstieg" zuzustimmen, der das Abschalten der AKWs von den Profitinteressen der Atomkonzerne abhängig macht. So steht es im Gesetzesentwurf der Koalition, dem die Grünen ihren Segen erteilten: *"Auch die nunmehr vorgesehene zeitliche Befristung der Berechtigung zum Leistungsbetrieb ist (...) so ausgestaltet, dass die von dieser Regelung betroffenen Unternehmen nicht unverhältnismäßig belastet werden und den Betreibern eine Amortisation der Investitionen sowie die Erzielung eines angemessenen Gewinns weiterhin ermöglicht wird."* (Drs. 17/6070; S. 6)

...einer Atomgesetznovelle zuzustimmen, in der geschrieben steht, dass *"ein vollständiger Ausstieg aus der friedlichen Nutzung der Kernenergie zur gewerblichen Erzeugung von Elektrizität faktisch vor dem Jahr 2022 nicht möglich ist."* (Drs. 17/6070; S. 5)

... einem "Atomausstieg" zuzustimmen, nach dem bis zum Jahr 2017 - dem ursprünglichen Ausstiegsdatum der Grünen - gerade mal zwei der verbleibenden neun Atomkraftwerke abgeschaltet werden.

... einem "Atomausstieg" zuzustimmen, demgemäß auch noch im Bundestagswahlkampf 2021 die sechs Atomkraftwerke Grohnde, Gundremmingen C, Brokdorf, Isar 2, Emsland und Neckarwestheim 2 am Netz sind. Am Rande des Grünen-Parteitages waren schon fiktive CDU-Wahlkampfplakate aus dem Jahr 2021 zu sehen: "Stromversorgung sichern! Laufzeitverlängerung jetzt!"

Bernd Brouns
25.6.2011

...einer Atomgesetznovelle zuzustimmen, die Wolfgang Renneberg, der ehemalige Abteilungsleiter für Reaktorsicherheit im Bundesumweltministerium - eingesetzt vom damaligen Minister Jürgen Trittin - ,in der Anhörung des Bundestages zum "Atom"-Gesetzesentwurf mit Blick auf mögliche Klagen der Atomkonzerne als nicht gerichtsfest bezeichnet: *"Meines Erachtens ist das offensichtlich. Wenn man den Ausstieg tatsächlich möchte, aber das Bundesverfassungsgericht hinterher auf Antrag darüber entscheiden lassen will mit dem Tenor: ‚Rechtlich geht das eben nicht‘, dann muss man das so lassen. Wenn man das nicht will, dann muss man das ändern. Meine Voraussage ist: Wenn das nicht geändert wird, dann wird es den Betreibern nicht schwerfallen, dieses Gesetz zu kippen."* (Protokoll Nr. 17/46, S. 18)

... einer Atomgesetznovelle der schwarz-gelben Koalition zuzustimmen - und den eigenen, am kommenden Donnerstag (noch?) auf der Tagesordnung des Bundestags stehenden Gesetzesentwurf, der die Machbarkeit eines Ausstiegs bis zum April 2017 durchbuchstabiert, abzulehnen? Rolle rückwärts jetzt nicht nur bei Merkel, Rösler & Co.?

...dem schwarz-gelben "Atomausstieg" zuzustimmen, um über den Partei übergreifenden Konsens dessen Unumkehrbarkeit zu erreichen: *"Für uns Grüne ist der breite Konsens möglichst aller politischen Parteien im Bundestag für den Ausstieg aus der Hochrisikotechnologie Atom ein Wert an sich. Damit wird ein erneutes Aufbrechen der Vereinbarung politisch nahezu unmöglich."* (aus dem Beschluss des Grünen-Parteitags)

Ein déjà vu? Schon im Jahr 2000 stimmten die Grünen einem Atomkonsens zu - damals mit den Atomkonzernen - um ihn unumkehrbar zu machen: *"Vor diesem*

Hintergrund verständigen sich Bundesregierung und Versorgungsunternehmen darauf, die künftige Nutzung der vorhandenen Kernkraftwerke zu befristen. (...) Beide Seiten werden ihren Teil dazu beitragen, dass der Inhalt dieser Vereinbarung dauerhaft umgesetzt wird. (...) Bundesregierung und Versorgungsunternehmen verstehen die erzielte Verständigung als einen wichtigen Beitrag zu einem umfassenden Energiekonsens." (Vereinbarung zwischen der Bundesregierung und Energieversorgungsunternehmen vom 14. Juni 2000 („Atomkonsens“), S. 3)

Mit einem Handstreich wurde der rot-grüne Atomkonsens im letzten Herbst hinweggefegt. Aber diesmal wird der Konsens halten, bestimmt...

Ach ja, und im Grundgesetz wollen die Grünen den Atomausstieg verankert sehen. Die Fraktion DIE LINKE. im Bundestag freut sich schon auf die Zustimmung der Grünen Fraktion zu ihrem Gesetzesentwurf zur Verankerung des Atomausstiegs im Grundgesetz, der am kommenden Donnerstag ebenfalls im Bundestag zur Abstimmung steht. Oder war auch das nicht so ganz ernst gemeint?

Gedankenlöcher im Energiediskurs

Vor ein paar Tagen (26.07.2011) sah ich bei BBC eine Sendung über das Thema Atomkraft. Es war eine Sendung der Reihe "Hard-Talk", in der dem eingeladenen Gast immer harte, kritische Fragen gestellt werden.

Bei der betreffenden Sendung waren zwei Gäste eingeladen: ein Herr Ritch, Vorsitzender des internationalen Verbands der Atomindustrie, und Sven Giegold, grünes Mitglied des Europa-Parlaments.

Ich will hier nicht von den bei dem Talk geäußerten altbekannten Fakten, Behaup-

tungen, Argumenten und Gegenargumenten bezüglich der Risiken und Gefahren der Atomkraft berichten, sondern beschränke mich auf die kritischen Fragen des Interviewers, die den Talk-Gästen Probleme machten.

Herr Ritch gab zu, dass die Atomindustrie nach Fukushima ein Legitimations- und Imageproblem hat. Aber seine Antwort auf die Frage, warum also sein Verband gegen die Mehrheitsmeinung an der Atomkraft festhält, war gar nicht, dass keine Industrie sich auflösen will. Er berief sich vielmehr auf das Prinzip Demokratie. Er sagte, das einzige Land, in dem die Mehrheit der Bürger eindeutig gegen die Atomkraft eingestellt sei, sei Deutschland. Er verwies auf den Fakt, dass die Regierungen der Länder, in denen Atomstrom produziert wird – mit der Ausnahme von Deutschland und Italien – gar nicht daran denken, Abschied von der Atomkraft zu nehmen. Einige wollen sogar neue AKWs bauen.

Der Interviewer sah einen Unterschied zwischen Regierungsentscheidung und Meinung der Mehrheit der Bürger. Aber Herr Ritch ließ diese Unterscheidung nicht gelten. Er hielt dagegen, dass in den meisten betreffenden Ländern Regierungen demokratisch gewählt werden. Was ist also demokratisch legitimiert? Genügt es, wenn die Regierung, die eine Entscheidung trifft, vor zwei-drei Jahren demokratisch gewählt worden ist?

Es kann sein (wer weiß?), dass, wenn ein Volksentscheid über die Frage "Atomkraft Ja oder Nein?" abgehalten würde, auch in anderen Ländern die Mehrheit gegen die Atomkraft stimmen würde. Eine solche Meinungsäußerung würde aber auf der Hoffnung beruhen, dass erneuerbare Energien in einigen Jahren die gesamte Menge des gegenwärtig verbrauchten Atomstroms würden ersetzen können. Denn wohl niemand

Saral Sakar

fände die Idee gut, die abgeschalteten AKWs durch Kraftwerke zu ersetzen, die Kohle, Öl oder Gas verbrennen.

Ein Volksentscheid über die Atomkraft müsste also logischerweise irgendwie mit einem Volksentscheid über die genannte Hoffnung auf erneuerbare Energien gekoppelt werden. Wie kann man aber einen Volksentscheid über eine Zukunftsmusik abhalten?

Erwartungsgemäß meinte Herr Ritch, dass unweigerlich neue Kohlekraftwerke gebaut werden müssten, wenn alle AKWs über kurz oder lang abgeschaltet werden sollten. Der Interviewer fragte Giegold, wie denn die Grünen das Loch füllen würden, wenn in Deutschland bis 2022 alle AKWs abgeschaltet sein werden. Ich will hier Giegolds Standard-Antwort, die ja in Deutschland reichlich bekannt ist, nicht wiederholen. Nur eine Bemerkung ist hier notwendig. Giegold (wie meistens auch andere Grüne, zumindest wenn sie öffentlich reden) unterschied nicht zwischen Energie und Strom. Strom ist zwar Energie, aber nicht alle Energie ist Strom. Wenn man meint, dass bis 2050 der gesamte Energiebedarf Deutschlands 100-prozentig mit erneuerbaren Energien gedeckt werden kann, dann ist meist nicht klar, ob man nur den Strombedarf meint, oder auch den gesamten Bedarf an gespeicherter flüssiger und gasförmiger Energie (also Ersatz für Benzin, Diesel, Gas und Heizöl).

Diese Frage ist wichtig, denn man muss, wenn man mit Solar- und Windelektrizität Kraftfahrzeuge fahren will, die Elektrizität vorher entweder in Flüssigwasserstoff umwandeln oder in großen Batterien speichern. In beiden Prozessen geht eine Menge der aufwendig geernteten Energie verloren. Das ist ein Naturgesetz. Und es wäre auch ein kommerzieller Unsinn, wenn man zuerst mit großem Aufwand Strom produzieren würde, um ihn dann nur als

Wärme zum Gebäude-Heizen verbrauchen würde. Was Biodiesel und Bioethanol betrifft, setzt dieser Idee der Bedarf an fruchtbarem Boden eine Grenze.

Giegold sagte, es gebe schon jetzt in Deutschland mehrere Kommunen, die ihren gesamten Energiebedarf 100-prozentig mit erneuerbaren Energien decken. Der Interviewer versäumte es, ihn zu fragen, ob die Bürger dieser Kommunen mit Flüssigwasserstoff bzw. Strom Auto fahren oder mit gewöhnlichem Benzin und Diesel bzw. 100-prozentig mit Rapsdiesel oder Ethanol aus Mais.

Offensichtlich war der Interviewer nicht davon überzeugt, was Giegold behauptete. Er fragte ihn, wie er erklären könne, dass der berühmte Wissenschaftler James Lovelock, Vater der Gaia-Theorie und Sympathisant der Grünen, und George Monbiot, namhafter Publizist und Grün-Sympathisant, ihre ursprüngliche Hoffnung auf erneuerbare Energien verloren haben und an die Grünen appellieren, ihren Widerstand gegen die Atomkraft aufzugeben, da ja die globale Erwärmung doch die größere Gefahr sei. Giegold antwortete nur, er lade Monbiot nach Deutschland ein; dieser könne dann selbst sehen, dass es stimmt, was er sage.

Vor etwa zwei Jahren habe ich auch ein Hard-Talk mit Lovelock gesehen, bei dem er seine Befürwortung der Atomkraft begründete. Da er die oben genannte Hoffnung der Protagonisten der erneuerbaren Energien nicht mehr teilte und da für ihn die Abwendung von Klimakatastrophen die oberste Priorität hatte, meinte er die Atomkraft hinnehmen zu müssen. Er sagte, wir könnten unseren Enkelkindern den guten Lebensstandard nicht verweigern, den wir uns selbst gönnen. Das ist die Crux bei der Sache: der Lebensstandard. Wir können den Kuchen nicht essen und ihn auch intakt behalten.

EURATOM-Entsorgungsrichtlinie stellt Gorleben und Lubmin nicht in Frage

Vergesellschaftung der Kosten für die Endlagerung wird festgeschrieben

Zur gestrigen Verabschiedung der Richtlinie des Rates über die Entsorgung abgebrannter Brennelemente und radioaktiver Abfälle:

Sabine Wils
20.6.2011

„Die EURATOM-Sicherheitsstandards werden weiterhin zur Legitimation völlig ungenügender Sicherheitszustände in atomaren Entsorgungsanlagen wie Gorleben und Lubmin beitragen.

Die unkonkreten Formulierungen des verabschiedeten Gesetzestextes können in den Mitgliedstaaten in Zukunft wie bisher im Sinne der Atomkonzerne ausgelegt werden. Dies gilt für Fragen der Sicherheit der Entsorgungsanlagen, für die Information der Öffentlichkeit und ihrer Beteiligung an Entscheidungsprozessen sowie für die finanzielle Verantwortung der Betreiber für die Zwischen- und Endlagerung des Atommülls.

Der Rat der Europäischen Union hat bei seiner Entscheidung über die Richtlinie die Stellungnahme des EU-Parlaments ignoriert. Die umfassenden Forderungen des Parlaments zur Kontrolle der finanziellen Rücklagen der Betreiber für die Entsorgung wurden missachtet. Das Votum des Parlaments für eine weitgehende Öffentlichkeitsinformation wurde mit Leerformeln ausgehöhlt.

Die vom Rat der EU beschlossene Entsorgungsrichtlinie verspricht den Profitinteressen der Atomkonzerne eine unbekümmerte und strahlende Zukunft zum Schaden der europäischen Bevölkerung.

Die verabschiedete Richtlinie beweist zum wiederholten Mal, dass die Auflösung des

EURATOM-Vertrags die Voraussetzung für die demokratische Kontrolle der europäischen Atompolitik und einen europaweiten Atomausstieg ist."

*Wahrer Wandel beginnt
von unten*

Jakob von Uexküll

Gedicht

Neue deutsche Nationalhymne

von Dieter Bauer

*Neuerstanden nach der Mauer
Deutschland einig Vaterland.
Lass uns dir zum Guten dienen
brüderlich mit Herz und Hand
Doch für Einigkeit und Freiheit
Ist noch nicht die rechte Zeit:
"Stasi, Stasi!" wir dich brauchen
bis in alle Ewigkeit.*

*Deutschland, Deutschland deine Größe
liegt im Schimmern deiner Wehr
Bomben auf die Serben fallen,
Weltweit sind wir wieder Wer.
Recht und Freiheit wir verteid'gen
vom Libanon bis zum Sudan
Kehr'n zurück in Blauen Säcken
wir dann aus Afghanistan.*

*Anmut sparet nicht noch Mühe.
Gerechtigkeit sei uns Panier.
Zu der Banken Wohl erblühe.
Fünf Euro mehr gibt's bei Hartz-IV.
Von der Oder bis zum Rheine,
von den Alpen bis zur See
Deutschland, Deutschland bist die Meine,
großkotzig wie eh und je!*

Rohstoffe und Umwelt

NaturFreunde kritisieren geplanten Uranabbau in Tschechien

„Dass die Uran-Industrie in der Tschechischen Republik den Abbau von Natur-Uran massiv ausweiten möchte, ist ein energiepolitischer Irrweg“, erklärt Tilmann Schwenke, Vorsitzender der NaturFreunde Sachsens und stellvertretender Bundesvorsitzender der NaturFreunde Deutschlands. „Die tschechische Regierung geht energiepolitisch den falschen Weg, wenn sie eine positive Energiezukunft mit der Atomenergie sucht“, warnt Schwenke. „Und sie vergibt Chancen am Arbeitsmarkt: Schließlich wurden im Bereich der regenerativen Energieerzeugung in Deutschland mehr als 300.000 zukunftsfähige Arbeitsplätze alleine in den letzten Jahren geschaffen.“

In der Tschechischen Republik werden rund 110.000 Tonnen Uran vermutet. Allein in Nordböhmen, Westmähren und der Umgebung der mittelböhmischen Stadt Příbram gibt es ergiebige Uranvorkommen mit einem Uranerzanteil von etwa 0,1 Prozent. Die Uran-Industrie hat nun ihr Interesse angemeldet – zum Vorteil ihrer Profite und zum Nachteil von Mensch und Natur in den potenziellen Abbaugebieten. Diese liegen nur wenige Kilometer von der bayerischen und sächsischen Grenze entfernt.

Die tschechische Regierung möchte in den nächsten Jahrzehnten die Anzahl ihrer Atomreaktoren von aktuell sechs auf dann neun erweitern. Die NaturFreunde haben bereits ihren Widerstand angekündigt und werden sich gemeinsam mit tschechischen Anti-Atom-Initiativen gegen diesen energiepolitischen Irrweg engagieren. „Die tschechischen Stromkonzerne irren sich, wenn sie auf Atomstromexporte nach Deutschland setzen“, so Schwenke. „Denn

Pressemitteilung
der NaturFreunde
Deutschland
22.7.2011

Deutschland wird durch den Atomausstieg kein Energieimporteur. Im Gegenteil: Durch den Ausbau der regenerativen Energieträger wird Deutschland auch weiterhin genug Energie für den eigenen Bedarf produzieren – und bei starken Winden sogar massiv Energie in die europäischen Nachbarländer exportieren“.

Der Uranabbau in Tschechien hat eine schreckliche politische Vergangenheit. In den Uranminen der früheren Tschechoslowakei mussten mehr als 40.000 politische Häftlinge arbeiten. Mehr als 500 kamen dabei ums Leben, viele weitere erkrankten an Krebs.

Auch war der Uranabbau in der früheren Tschechoslowakei mit massiven Umweltbelastungen verbunden. Im sogenannten „Lösungsbergbau“ wurde das Uran direkt im Gestein ausgelaugt. Dabei wurde flüssige Schwefelsäure in das Erz gepumpt, um das radioaktive Material herauszulösen. Riesige Wassermengen wurden so kontaminiert.

Alleine in den ehemaligen Minen des früheren Kurorts Stráž pod Ralskem wurden rund fünf Millionen Tonnen Säure in die Erde gepumpt, was zur radioaktiven Verseuchung von mehr als 370 Millionen Kubikmetern Trinkwasser führte. Die im Jahr 1996 begonnenen Säuberungsarbeiten werden noch bis nach 2040 dauern und mehr als zwei Milliarden Euro kosten – aufgebracht vom Steuerzahler.

„Wenn die Atomreaktoren weltweit nicht abgeschaltet werden, kommt der nächste GAU bestimmt. Die NaturFreunde werden sich weiter dafür engagieren, dass sich menschengemachte Katastrophen wie der japanische GAU nicht wiederholen können. Auch deshalb treten die NaturFreunde für einen schnellstmöglichen weltweiten Atomausstieg ein“, erklärt Schwenke. Die NaturFreunde Deutschlands setzen sich dafür ein, dass Deutschland keinen Atom-

strom mehr importieren darf und fordern, das Grundgesetz entsprechend zu ändern. Denn die Stromproduktion mit Atomkraftwerken ist weder umwelt- noch sicherheitspolitisch vertretbar.

Auf Sand gebaut – Wie Freihandel die Teersand-Extraktion vor der Umwelt schützt

Eine neue Kurzanalyse zum kostenlosen Download von PowerShift (Autor: Chris Methmann) und dem Forum Umwelt & Entwicklung mit dem Titel „Auf Sand gebaut – Wie Freihandel die Teersand-Extraktion vor der Umwelt schützt“ zeigt auf, wie im Rahmen der Verhandlungen um ein neues Freihandelsabkommen EU-Kanada (CETA) versucht wird, den ungehinderten Zugang des besonders klimaschädlichen kanadischen Teersand-Öls zum EU-Markt zu sichern.

Aus dem Text: „Häufig wird behauptet, ein steigender Ölpreis sei gut für die Umwelt. Schließlich senkt er die Nachfrage – einerseits. Andererseits wird mit steigendem Ölpreis die Ausbeutung „unkonventioneller“ Ölreserven interessant – zum Beispiel die gigantischen Teersand-Vorkommen in Kanada. Sie zeigen: Das unbedingte Festhalten am fossilen Wachstumsmodell gibt es nur zum Preis dramatischer sozialer und ökologischer Schäden. Klimapolitische Ziele werden dann zur Farce. Das Freihandelsabkommen CETA, welches momentan zwischen der EU und Kanada verhandelt wird, würde diese wahrscheinlich dreckigste Form der Energiegewinnung gegenüber Umweltschutzbemühungen auf beiden Seiten des Atlantiks absichern. Zum einen unterwandert es die europäische Fuel Quality Directive, die die Nutzung von Öl aus Teersanden in der EU unattraktiv machen würde. Zum anderen gibt sie europäischen Konzernen freie Hand in Kanadas

Pressemitteilung
von PowerShift
vom 3.8.2011

Wäldern und stellt deren Profitinteressen über die Zukunft des Planeten. Wieder einmal zeigt sich: Freihandel blockiert Umweltschutz. (...)

PS: Mit ziemlicher Dreistigkeit bewirbt die kanadische Öl-Lobby ihr Teersand-Öl als „ethical oil“! Kritische Kommentare dazu gibt's auf dem PowerShift-Blog „Umweltgerechtigkeit“ sowie im Blog „Klima der Gerechtigkeit“ der Heinrich Böll-Stiftung.

Anmerkung der Redaktion:

Bereits die beiden oberen Artikel zeigen Probleme der Gewinnung von Rohstoffen - für die Energiewirtschaft. Doch nicht nur Energierohstoffe sind knapp und nicht nur ihre Förderung ist Umwelt schädigend. Die ökologische Wende verändert den Rohstoffbedarf teilweise drastisch, weshalb die Industrie lautstark nach Hilfe gerufen hat. Angeblich geht es um den Wirtschaftsstandort Deutschland – oder doch nur um Profit? (siehe Umweltnachrichten, Seite 24)

Bundesregierung bringt neue Rohstoffstrategie auf den Weg

Das Bundeskabinett hat heute die vom Bundesminister für Wirtschaft und Technologie, Rainer Brüderle, vorgelegte Rohstoffstrategie der Bundesregierung gebilligt. Damit wird die Rohstoffpolitik im Bereich der nicht-energetischen mineralischen Rohstoffe neu ausgerichtet. Bei diesen Rohstoffen handelt es sich zum Beispiel um die sog. Seltenen Erden, die für die Elektronikindustrie von großer Bedeutung sind.

Bundesminister Brüderle: "Für die Zukunft des Hochtechnologiestandorts Deutschland ist die Versorgung mit bezahlbaren Industrierohstoffen von entscheidender Bedeutung. Mit hochrangigen Rohstoffdialogen und der Gründung der Deutschen

Pressemitteilung
BMWi vom
20.10.2010

Rohstoffagentur am 4. Oktober haben wir bereits belastbare Grundlagen dafür geschaffen. Die heute vorgelegte Rohstoffstrategie weist nun den weiteren Weg zu einer nachhaltigen Rohstoffsicherung in Deutschland. Damit stellen wir uns neuen globalen Herausforderungen, insbesondere dem schärfer werdenden internationalen Wettbewerb um wichtige Industrierohstoffe."

Mit der neuen Rohstoffstrategie *unterstützt die Bundesregierung in vielfältiger Weise die deutsche Wirtschaft* dabei, ihre Rohstoffbezugsquellen zu diversifizieren. Sie beinhaltet insbesondere folgende Maßnahmen:

- Finanzierungen/Direktinvestitionen werden durch Garantien abgesichert.
- Die Deutsche Rohstoffagentur in der Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe in Hannover führt Forschungs- und Entwicklungsarbeiten für geologische Erkundungen im Vorfeld der kommerziellen Nutzung durch. Sie wird hierbei auch beratend tätig.
- Das weltweite Netz der Außenwirtschaftsförderung flankiert politisch internationale Rohstoffprojekte.
- Rohstoffeffizienz, also die Effizienz bei der Rohstoffgewinnung, wird verstärkt gefördert. Gleiches gilt für die Effizienz bei der Rohstoffverarbeitung (Materialeffizienz). Sekundäre Rohstoffe in Abfällen und Restmüll sollen durch Recycling besser genutzt werden. Wichtig sind dabei Forschung und Entwicklung. Daher wird in der Helmholtzgemeinschaft ein vom Bundesministerium für Bildung und Forschung finanziertes Forschungsinstitut gegründet.
- *Bilaterale Rohstoffpartnerschaften mit rohstoffreichen Partnerländern werden aufgebaut. Außen-, wirtschafts- und ent-*

wicklungspolitische Ziele werden dadurch künftig sehr viel enger verzahnt.

- Um Fehlentwicklungen auf den Rohstoffmärkten frühzeitig zu erkennen, werden Finanztransaktionen und Rohstoffhandel unter wettbewerbsrechtlichen Aspekten beobachtet. So kann diesen Fehlentwicklungen wirksam entgegengetreten werden.
- Im Bereich des Außenhandels bleibt der *Abbau von Handelsverzerrungen auf den internationalen Rohstoffmärkten ein zentrales Thema, das im bilateralen Dialog mit rohstoffreichen Ländern und gemeinsam mit den Partnern in der EU nachdrücklich* in Angriff genommen wird.
- Unterstützung für die Bemühungen der EU-Kommission, die Rohstoffsicherung der Gemeinschaftsindustrien zu verbessern.
- Die Aus- und Weiterbildung von ausländischen Fach- und Führungskräften im Rohstoffbereich wird ausgebaut.
- Rohstoffrelevante Themen werden in den G8-/G20-Prozess eingebracht.

Minister Brüderle: "Jetzt geht es darum, die Rohstoffstrategie mit Leben zu erfüllen. Hier ist besonders die Industrie gefordert. Um es ganz deutlich zu sagen: Ein VEB Rohstoffe passt nicht in unser Wirtschaftssystem. Mit der Rohstoffstrategie macht die Bundesregierung aber deutlich, dass sie die Rohstoffsicherungsbemühungen der Wirtschaft ressortübergreifend flankiert und unterstützt. *Besonders freue ich mich daher über die konstruktive Zusammenarbeit mit Auswärtigem Amt und dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung.*"

Das Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie hatte seit dem Frühsommer

einen intensiven Dialog in mehreren Arbeitsgruppen mit Vertretern des BDI, der rohstoffverarbeitenden Industrie, der Recyclingwirtschaft und den Gewerkschaften geführt. Die Ergebnisse haben Eingang in die nun vorliegende Rohstoffstrategie gefunden.

Neben rohstoffwirtschaftlichen Fragen kommen in der Rohstoffstrategie auch außenpolitische, entwicklungspolitische und umweltpolitische Grundsätze und Ziele ausgewogen zum Tragen. Die Rohstoffstrategie kann mit ihrem ressortübergreifenden Ansatz einen Beitrag dazu leisten, durch Rohstoffabbau bedingte Konflikte zu vermeiden und Umweltschäden durch Rohstoffgewinnungsprojekte zu verringern. Die Strategie ist inhaltlich ferner eng mit der Rohstoffinitiative der Europäischen Kommission verzahnt.

Quelle:

<http://www.bmwi.de/BMWi/Navigation/Presse/pressemitteilungen.did=364196.html>;
Hervorhebung durch die Redaktion; abgerufen: 27-1111

Anmerkung:

Da fragt sich doch, ob die Zusammenarbeit des Wirtschaftsministeriums mit dem BMZ deshalb so konstruktiv ist, weil dieses Entwicklungsprojekte an die Zusammenarbeit mit dem Militär knüpft? Oder wie ist die Ernennung von Oberst a.D. Friedel H. Eggelmeyer zum Verantwortlichen für die Entwicklungszusammenarbeit mit Nordafrika, Nahost und Afghanistan zu verstehen? Im Interview mit der SZ erklärte Niebel: „Es wird mit mir eine Neuausrichtung der Entwicklungszusammenarbeit geben. Meine Vorgängerin hat sich immer von der Bundeswehr ferngehalten. Das wird es mit mir nicht mehr geben. Ich will keine Militarisierung der Entwicklungspolitik, aber eine echte Verzahnung.“ und auf die Frage: "Stehen Sie für eine stärker interessengeleitete Entwicklungspolitik?": "Wir werden uns weiter auch von Werten leiten lassen. ... Ja, ich will sie mehr als bisher an unseren eigenen Interessen ausrichten. Man darf darauf hinweisen, dass es - zum Beispiel

im Klimabereich - sehr gute deutsche Produkte gibt. Es darf der deutschen Wirtschaft nutzen, wenn wir Entwicklungszusammenarbeit betreiben."

(<http://www.sueddeutsche.de/politik/minister-dirk-niebel-ich-werde-mehr-tun-als-meine-vorgaengerin-1.145177> – Hervorhebung durch die Redaktion)

Im Klartext würde es vielleicht richtiger heißen: „Entwicklungszusammenarbeit statt -hilfe“ und „Zusammenarbeit – das ist Geben und Nehmen“? Also: geben wir nur denen, von denen wir auch etwas nehmen können? Verhungernde z.B. in Afrika ohne Rohstoffe haben dann eben Pech gehabt?

Noch nie hat sich die Entwicklungspolitik der BRD offener Menschen verachtend dargestellt!

Wir zitieren im Folgenden einige Auszüge aus der Broschüre *Oben hui, unten pfui? Rohstoffe für die 'grüne' Wirtschaft. Bedarfe – Probleme – Handlungsoptionen für Wirtschaft, Politik & Zivilgesellschaft* von Jutta Blume, Nika Greger und Wolfgang Pomrehn des Vereins PowerShift Berlin, 2011

http://power-shift.de/wordpress/wp-content/uploads/2011/08/PowerShift-ForumUE-StudieRohstoffe-Gr%C3%BCneWirtschaft-2011web_klein.pdf



Photovoltaik

Photovoltaik gehört zu den saubersten Energieerzeugungstechnologien. Solarzellen und Module können fast überall und in jeder Größenordnung installiert werden. In der Herstellung gilt für alle Module, dass sie spätestens nach 1,4 Jahren die für ihre Herstellung notwendige Energie erzeugt haben (EPL-\ 2011). Ein Großteil der eingesetzten Materialien kann wiederverwendet werden. Deutsche Solarhersteller sind

in der Regel ISO 14001 zertifiziert, Mitglied bei PV Cycle und sind teilweise darüber hinaus noch weitere soziale und ökologische Verpflichtungen eingegangen, was ihren Produktlebenszyklus, die Rohstoffbeschaffung und die Zulieferer sowie die Wiederverwertung der eingesetzten Materialien angeht. Gleiches gilt auch für internationale Hersteller wie Suntech und First Solar. Insofern beanspruchen Solarunternehmen, dass sie nicht nur ein ökologisch vorbildliches Endprodukt herstellen, sondern ihre gesamte Produktionskette inklusive der eingesetzten Rohstoffe auch bei ihren Zulieferern möglichst lückenlos hohen ökologischen und sozialen Standards entsprechen.

Andererseits kam es aber in der deutschen PV-Branche in den letzten Jahren zu größeren Entlassungen, und lange nicht jedes Unternehmen zahlt Tariflohn. Bei Q-Cells-Tochter Solibro in Bitterfeld gab es zum Beispiel im Winter 2010/2011 Auseinandersetzungen um einen Haustarifvertrag, da Q-Cells nicht im Unternehmerverband ist, wodurch der Flächentarifvertrag für das Unternehmen keine Wirkung hat.

Rohstoffbedarf

Zum gegenwärtigen Zeitpunkt sind Solarzellen basierend auf Silizium marktbestimmend. Das gilt sowohl für Dünnschicht-, als auch für Dickschichtzellen. Silizium ist das zweithäufigste Element der Erdkruste und wird in der Regel aus Quarzsand gewonnen, der überwiegend aus Siliziumdioxid besteht. Silizium lässt sich recyceln und steht dann für neue Solarzellen wieder zur Verfügung.

Problematisch und mit Umwelt- und Gesundheitsgefahren verbunden ist die Umwandlung von Silizium in Reinstsilizium, denn dieses Verfahren ist nicht nur sehr aufwändig und energieintensiv, sondern es kommen auch toxische Chemikalien zum

Einsatz bzw. entstehen als Nebenprodukt bei der Herstellung. Des Weiteren enthalten Dünnschichtzellen des US-amerikanischen Solarunternehmens First Solar Cadmium-Tellurid, eine gesundheitsschädliche Metallverbindung, die vor allem bei der Herstellung und bei der Entsorgung zu Umwelt- und Gesundheitsproblemen führen kann. Die Unternehmen gehen mit unterschiedlichen Methoden vor, um den Energieeinsatz bei der Herstellung zu verringern und die entstehenden oder eingesetzten toxischen Substanzen entweder wiederzuverwerten, ihren Einsatz so gering wie möglich zu halten oder sich um eine ökologisch und gesundheitlich einwandfreie Entsorgung zu kümmern.

Anmerkung:

Für eine fundierte ökologische Bewertung der Solarenergie sind nicht nur die bei der Herstellung vergegenständlichte („graue“) Energie und die Schadstoffe bei der Reinstsiliziumherstellung zu betrachten, sondern der gesamte Lebensweg aller Komponenten einer Anlage. Eine echte Ökobilanz wenigstens einer einzigen konkreten Anlage ist zur Zeit nicht in Sicht. Für die gesamte Photovoltaik ist das ebenso wenig möglich, wie alle anderen Energiebereitstellungstechnologien.

Windenergie

Die Arbeitsbedingungen bei den hiesigen Windanlagenherstellern lassen aus der Sicht der Gewerkschaften oft noch zu wünschen übrig. Die Löhne und Gehälter liegen meist unter dem in der metallverarbeitenden Industrie Üblichen. Tarifliche Bindung ist alles andere als die Regel. Einige Unternehmen haben mit der IG Metall Haustarifverträge abgeschlossen, bei Repower wurde dieser 2005 vom Unternehmen gekündigt, unter anderem, damit die Firmenleitung die Arbeitszeiten der Beschäftigten besser nach den Unternehmensinter-

essen gestalten kann. Weit verbreitet ist auch ein Hire-and-fire von Leiharbeitern. In einigen Betrieben stellen sie zeitweise bis zu 50 Prozent der Belegschaft, und selbst Betriebsräte mussten, sofern es sie gibt, oft erst gegen massiven Widerstand der Geschäftsführungen durchgesetzt werden (Wolf 2011).

Rohstoffbedarf

Stahl und Kupfer sind für Windkraftanlagen unverzichtbar. Ersterer wird für Fundamente, Türme und Getriebe benötigt, Letzteres für Leitungen und Generatoren. Nach Angaben des Bundesverbandes Windenergie besteht eine durchschnittliche Windenergieanlage zu 82 Prozent aus Stahl und zu drei Prozent aus Kupfer (BWE 2010). Eine große Ausnahme bilden die Anlagen des deutschen Marktführers Enercon, deren Kupferanteil aufgrund der verwendeten Elektromagneten zehn bis 20 Prozent des Anlagengewichts ausmachen (Ilken 2011). Allerdings mochte der ostfriesische Hersteller auf Nachfrage keinerlei Angaben über die verwendeten Rohstoffe und ihre Mengen machen.

Bei rund 2500 hergestellten Anlagen 2010 und einem geschätzten durchschnittlichen Anlagengewicht von 180 Tonnen (Hau 2008) machte das in etwa einen jährlichen Bedarf von 20.000 bis 30.000 Tonnen Kupfer und 370.000 Tonnen Stahl. Diese Zahlen sind allerdings nur eine grobe Abschätzung, um die Größenordnungen zu verdeutlichen. Zum Vergleich: Im Jahre 2000 wurden in der deutschen Automobilindustrie 155.000 Tonnen Kupfer verarbeitet (Angerer 2009). Nach Angaben des Deutschen Kupferinstituts wurden 2007 in Deutschland Kupferkabel und andere Vorprodukte mit einem Gewicht von 1,9 Millionen Tonnen hergestellt. Beim Stahl sind die Größenrelationen ganz ähnlich, die Bedeu-

tung der Windbranche für die hiesigen Kupfer- und Stahlmärkte ist also eher gering.

Einige Hersteller getriebeloser Anlagen benötigen des Weiteren im nennenswerten Umfang für Permanentmagneten das zu den Seltenen Erden (SE) zählende Neodym. Seine Bedeutung wurde allerdings in den Presseberichten über den Streit um Chinas Ausfuhren Seltener Erde meist übertrieben. Während sich ein Ersatz für Stahl und Kupfer schwer vorstellen lässt, ist Neodym ohne weiteres austauschbar, wenn Anlagen anders konzipiert werden. In der deutschen Windanlagen-Herstellung ist das exotische Metall ohnehin bisher nur eine Randerscheinung. Marktführer Enercon stellt zwar hauptsächlich getriebelose Anlagen her und war lange Jahre Vorreiter auf diesem Gebiet, stattdessen aber nicht mit Permanent- sondern mit Elektromagneten aus.

Eine gewisse Rolle könnte Neodym allerdings künftig für Offshore-Windparks spielen, wo der Gewichtsvorteil, den es bietet, besonders zum Tragen kommt. Die von der französischen Areva Wind, ehemals Multi-brid, in Deutschland hergestellte M5000, eine Fünf-Megawatt-Windkraftanlage, verwendet Permanentmagneten, die das SE-Metall enthalten. Geliefert werden die Magneten von dem Unternehmen Vacuum-schmelze aus dem hessischen Hanau (Wirtschaftskurier, August 2010). Bisher wurden jedoch erst fünf Anlagen installiert. Auch Siemens hat seit kurzem eine getriebelose 3-MW-Offshoreanlage mit Permanentmagneten im Angebot. Einige neue Hersteller haben außerdem bereits zum Teil umfangreich in die Entwicklung ähnlicher Anlagen investiert, haben die Fertigung aber noch nicht aufgenommen. Vensys aus dem Saarland, das einige hundert getriebelose 1,5-MW-Anlagen hergestellt hat, wurde hingegen 2008 von einem chinesischen Unternehmen aufgekauft.

Elektromobilität – ein neuer Markt für ein altes Mobilitätskonzept

Von Vertretern aus Wirtschaft und Industrie wird die Elektromobilität derzeit nicht in erster Linie als Umweltthema angesehen. „Deutschland soll Leitanbieter für Elektromobilität werden“, lautet die Forderung des Präsidenten des Verbandes der Automobilindustrie (VDA) und Vizepräsidenten des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI) Matthias Wissmann, vorgetragen am 18. Januar 2011 auf der BDI-Veranstaltung „Elektromobilität in Deutschland – Eine Zwischenbilanz“. Branchenvertretern geht es darum, möglichst viele Arbeitsplätze in der Zukunftsbranche „Elektromobilität“ in Deutschland anzusiedeln. Hierzu zählt auch die Batterie- und Zellproduktion, die ebenfalls an den Standort Deutschland geholt werden soll. Die Unternehmensberatung McKinsey kommt zu dem Schluss, dass so 75 Prozent der Wertschöpfung aus der Elektroautoproduktion in Deutschland stattfinden könne, die restlichen 25 Prozent entfielen lediglich auf den Einkauf von im Land nicht vorhandenen Rohstoffen. Hier setzt auch die Forderung des VDA an: „Auch in Zukunft ist der sichere Zugang zu Rohstoffen wie Kobalt oder Neodym fundamental.“ Die ersten Käufer von Elektroautos werden bei einem erheblich teureren Preis als vergleichbare Autos mit Verbrennungsmotor vor allem über das Image anzusprechen sein, glaubt man in der Automobilbranche. Dabei werde das Elektroauto keinesfalls den Benziner oder Diesel ersetzen, sondern Elektroautos würden wohl als erstes in Haushalten angeschafft, die ohnehin über mehrere Fahrzeuge verfügen.

Rohstoffbedarf

Die IZT-Studie „Kritische Rohstoffe der elektrischen Antriebstechnik“ im Auftrag der

Forschungsvereinigung Antriebstechnik e.V. (FVA) identifiziert als kritische Rohstoffe sowohl für Elektrofahrzeuge als auch für Windenergieanlagen Lithium, Kobalt und die Seltenen Erden Neodym und Dysprosium. Der Abbau aller vier Rohstoffe konzentriert sich jeweils auf wenige Länder oder Regionen. So dominiert China den Abbau Seltener Erden, die bekannten Lithiumvorkommen konzentrieren sich vor allem auf das südliche Amerika, und 50 Prozent der heutigen Kobaltproduktion stammen aus der DR Kongo.

Nach der Prognose des IZT würde im Jahr 2015 der Lithiumbedarf 30 Prozent über dem heutigen Angebot liegen, allerdings gehen die Autoren aufgrund der Erschließung neuer Reserven nicht von einer zukünftigen Knappheit dieses Rohstoffs aus. Der wachsende Bedarf macht es wahrscheinlich, dass Reserven in bisher noch unberührten Regionen erschlossen werden.

Beim Kobalt hängt die zukünftige Nachfrage stark von der Entwicklung der Akkus ab. Bislang wird als Kathodenmaterial überwiegend Lithiumkobaltdioxid verwendet. Würden die Kathoden stattdessen aus einem Mischoxid hergestellt, könnte der Kobaltbedarf gesenkt werden.

In der Entwicklung befinden sich Kathoden aus einer Lithium-Nickel-Kobalt-Mangan-Legierung, die auch eine geringfügig höhere Energiedichte aufweisen. Batterien der dritten Generation könnten auch aus Zink-Luft, Lithium-Luft oder Lithium-Schwefel bestehen. Hier sind aber Forschung und Entwicklung noch nicht ausgereift.

Ginge man davon aus, dass die bisherige Batterietechnologie nicht abgelöst wird, wäre im Jahr 2030 die Kobaltnachfrage der Antriebstechnik nicht mehr gedeckt.

Auch bei Neodym und Dysprosium entfällt ein großer Teil der Nachfrage auf den

Bereich Elektrofahrzeuge, aber auch auf Windenergieanlagen würden 26 Prozent der Nachfrage im Bereich Antriebstechnik im Jahr 2015 entfallen. Selbst wenn neue Lagerstätten außerhalb Chinas erschlossen werden, prognostiziert das IZT für das Jahr 2015 eine Knappheit vor allem von Dysprosium (IZT 2009).

In der Studie „Renewability“ haben das Deutsche Zentrum für Luft- und Raumfahrt (DLR) und das Öko-Institut unter anderem den Materialbedarf für konventionelle Benzin- und Dieselfahrzeuge und Elektrofahrzeuge bzw. Hybridfahrzeuge verglichen. Der Rohstoffbedarf für Elektrofahrzeuge erhöht sich demnach nicht nur durch die Batterien, sondern auch durch die Motortechnik. Es sind nicht ausschließlich Lithium, Kobalt und Seltene Erden, die hier zu Buche schlagen. So erhöht sich z.B. der Aluminiumbedarf für einen batterie-elektrischen mittleren PKW von 169 auf 274 kg. Auch der Kupferanteil vervielfacht sich von 13 kg im mittleren Benzin-/Diesel-PKW auf 107 kg im mittleren Elektroauto. Leicht erhöht ist der Bedarf an Kunststoffen. Mangan und „andere“ kommen ganz neu hinzu (Öko-Institut/ DLR 2009).

In einem Zukunftsszenario für 2030 rechnet die Unternehmensberatung McKinsey damit, dass die Automobilbranche doppelt so viel Aluminium, 13 mal so viel Kupfer, 120 mal so viel Neodym und 200 mal so viel Lithium benötigen wird wie heute, wie ein Firmenvertreter im Januar auf der oben erwähnten BDI-Veranstaltung referierte. Laut Öko-Institut gehen die Szenarien sowohl bezüglich der zukünftigen Anzahl von Elektroautos als auch des Bedarfs von Neodym u.a. pro Motor weit auseinander, so dass es schwierig ist, den Rohstoffbedarf der sich noch entwickelnden Branche auch nur annähernd abzubilden. Zudem verschiebt sich der Rohstoffbedarf nochmals, wenn bei der Motortechnik auf Sel-

tene Erden verzichtet wird. So könnten beispielsweise Permanentmagneten durch Elektromagneten ersetzt werden, was den Kupferbedarf signifikant erhöhen würde (ÖKO-Institut 2011).

Die Erde hat genug für die Bedürfnisse aller, sie hat nicht genug für die Wünsche aller.
Gandhi

Umweltnachrichten

Investitionsschutz

Wohin Investitionsschutz (Seite 17ff) führen kann, musste die BRD 2009 erfahren, als sie vom schwedischen Staatskonzern verklagt wurde wegen Umweltschutzaufgaben der Stadt Hamburg gegen das Kraftwerk Hamburg-Moorburg (so viel zur positiven Rolle von Staatseigentum). Offenbar hat Vattenfall dadurch „Blut geleckt“ und jetzt wieder die Bundesrepublik verklagt (nd 3.11.11).

Hunderttausend gegen Gentechnik

Im Petitionsausschuss des Bundestages wurde am 26.9.11 über die Agro-Gentechnik debattiert. Über 100.000 Menschen haben eine Petition für eine Verschärfung des Zulassungsverfahrens für gentechnisch veränderte Pflanzen (GVP) unterstützt. Ihnen reichen die jetzigen Regelungen zum Sicherheitscheck für Pflanzen aus dem Genlabor nicht aus. Man dürfe kein Risiko eingehen, wenn Fehler nicht wieder gutzumachen sind. Einmal freigelassen, könnten sich GVP selbst weiter verbreiten. Die Bundesregierung soll sich in Brüssel gegen weitere Zulassungen von Gentechnik-Pflanzen einsetzen. Bundesministerin Aigner soll sich für die gentechnikfreien Regionen in

Pressemitteilung
von Ingrid
Remmers und
Sabine Stüber

Deutschland stark machen. Ein regionales Anbauverbot von Gentech-Pflanzen fordert der Petent von der Bundesregierung. Doch diese tat am Montag ganz entspannt und konnte den Wirbel um die Agro-Gentechnik nicht nachvollziehen.

Der parlamentarische Staatssekretär, Peter Bleser (CDU), erklärte, der Bundesregierung seien keine Schäden bei Mensch oder Umwelt durch GVP bekannt. Meine Kolleginnen Sabine Stüber und Ingrid Remmers fragten nach. Daraufhin verwies die Expertin vom Bundesamt für Naturschutz auf unzählige Studien, die negative Effekte der GVP beschreiben. Meist sind so genannte Nicht-Ziel-Organismen betroffen. Viele Gentech-Pflanzen bilden ein Gift gegen blattfressende Raupen von Schmetterlingen, die großen Schaden anrichten können, wie Maiszünsler oder Maiswurzelbohrer. Doch dieses Gift schädigt auch andere Schmetterlinge, Marienkäfer oder Wassertiere, wenn sie transgene Pflanzenteile oder Pollen aufnehmen. Die Unkenntnis des Staatssekretärs über solche Studienergebnisse ist bezeichnend. Stattdessen verwies er auf über 150 Millionen Hektar weltweite Anbaufläche mit Gentech-Pflanzen. Was so weit verbreitet wäre, könne nicht gefährlich sein, war sein schlichtes Resümee. Und er setzte noch eins drauf. Er vermengte unzulässig die Gefahren der Agro-Gentechnik im Freiland mit den Risiken anderer biotechnologischer Prozesse im Labor, beispielsweise zur Herstellung von Enzymen, Käse-Lab oder Medikamenten.

Die Linksfraktion sieht in der Agro-Gentechnik deutlich mehr Risiken als bei anderen Gentechnologien, weil sich diese Pflanzen im Freiland vermehren können. DIE LINKE unterstützt die Petition und fordert eine Verschärfung des Gentechnikgesetzes. Anfang September urteilte der Europäische Gerichtshof, dass mit dem Gentechnmais

MON 810 kontaminierter Honig nicht verkauft werden darf. Ministerin Aigner ist also in der Pflicht, den wirksamen Schutz der gentechnikfreien Landwirtschaft und Imkerei zu regeln. Wir werden sie daran erinnern.

Studie zu den Mängeln des EU-Zulassungsverfahrens vom BÖLW:

http://www.boelw.de/uploads/media/pdf/Themen/Gentechnik/Studie_Risiken_mit_amtlichem_Siegel_110926.pdf

<http://www.linksfraktion.de/pressemitteilungen/linke-fordert-schaerferes-gentechnikrecht/>

Flugzeuge genießen Vogelschutzstatus

„Das Bundesverwaltungsgericht schaffte mit seinem Urteil zum Großflughafen BBI in Schönefeld die einmalige Regelung, dass Blechvögel, die ab nächsten Jahr im Minutentakt bei 65-70 dBA Lärmpegel queren, Vogelschutzstatus genießen. ... „

Marko Ferst im nd 5.9.2011

Bücherecke

Götz Brandt liest in seinem Buch den Parteien die Leviten, fordert grüne Wirtschaftspolitik

Rezension von
Marko Ferst

Seit annähernd einem Jahrzehnt prägt Götz Brandt als einer der strategischen Köpfe die Ökologische Plattform bei der LINKEN. 1975 wurde er als Professor für landwirtschaftlichen Anlagenbau abberufen wegen „nicht systemkonformen Verhaltens“ und „kritischer Einstellung zum Hoch- und Fachschulwesen der DDR“. Nach der Wende rehabilitiert, nimmt er auch heute kein Blatt vor den Mund. Von der eigenen Parteiführung fordert er die ökologischen Herausforderungen ins Zentrum ihrer Politik zu rücken.

Jetzt erschienen in Buchform viele seiner Beiträge, in denen er Leitlinien für eine öko-

logische Linke skizziert. Zugleich setzt sich der Autor mit vielen ökologischen Politikfeldern auseinander. Er zeichnet die umfangreichen Befunde ökologischer Technikkritik nach, nimmt zu den Gefahren von Klimaumbrüchen Stellung und zeigt auf, dass die Grenzen des Wachstums längst überrannt sind. Wer diese Zivilisation nicht der Selbstzerstörung preisgeben will, muss in den Industriestaaten 90-95% seiner Treibhausgase einsparen. Das wird nicht ausschließlich über Material- und Energieeffizienz zu erreichen sein, sondern muss auch Schrumpfungsprozesse der industriellen Infrastruktur einschließen. Dies so deutlich zu sagen, ist ein Verdienst Brandts und er beklagt, alle Parteien, auch die Grünen, seien so sehr mit dem Abholen von Wählern beschäftigt, dass unbequeme Wahrheiten nur stören.

Vor diesem Hintergrund wird man nicht umhin können, Alternativen zu einem finanzkapitalistisch geprägten System zu suchen, Optionen, die unterm Strich dafür sorgen, dass der Planet nicht bis zum letzten förderbaren Öltropfen abgezapft wird oder die Ozeane nicht bis zum Zusammenbruch ganzer Fischpopulationen ausgeräumt werden. Ein Wirtschaftssystem, das auf Nimmersatt gepolt und zu gesetzlich fixierter Selbstbegrenzung nur marginal fähig ist, wird diese Zivilisation geradezu hinrichten, da ist Brandt zuzustimmen.

Bei den Alternativen freilich dürfte es vermutlich nicht ausreichen eine treuhänderische Verwaltung des Eigentums mit ökologischem Ansatz zu versuchen, selbst wenn man umfassende Wirtschaftsdemokratie hinzudenkt. Eine Kombination von gesellschaftlichem und Belegschaftseigentum bei klaren Regeln der Reichtumsbegrenzung könnte immerhin von der Richtung her – Aspekte von Motivation, Innovation und Gier im Wirtschaftsleben austarieren im Rahmen einer ökologischen Begrenzungsordnung.

Rezension von
Roland Schnell

Hinzu kommt, wir müssten auf eine „mittlere“ Technik mit Menschenmaß setzen, die zu einer dezentralisierteren Gesellschaft mit hochentwickeltem naturwissenschaftlichem Können passt. Zu sehr, so erinnert Brandt, sind die Segnungen der modernen Megamaschine zu einem religiösen Fortschrittsglauben verklärt worden, ohne die totalitären Tendenzen dieser Art von Organisation technischer Infrastruktur zu bedenken. Die Technikfolgenabschätzung kommt immer zu spät, wie aktuell bei der Nanotechnologie oder der Agrogentechnik zu besichtigen ist.

Götz Brandt ist immer für eine Überraschung gut. So analysiert er in einem Vortrag die Naturfrage bei Marx, in einem anderen fragt er, wie die Linke den Katechismus der katholischen Kirche bewerten kann oder er nimmt die Aussagen in einer Broschüre des Bundesumweltministeriums auseinander.

Götz Brandt: Ökologische Umbrüche und Technik. Leitlinien für eine ökologische Linke, Edition Zeitsprung 2011, 300 Seiten, 15,90 €

Grüne in Brandenburg auf sandigem Boden

Sammelband der Landtagsfraktion zur Agrarpolitik in Brandenburg

Die »roten Barone« scheinen für Bündnis 90/Die Grünen in Brandenburg eine größere Gefahr darzustellen als Monsanto und der restliche agroindustrielle Komplex. Rund ein Drittel der 200 Seiten des Buches mit dem Titel „Umbrüche auf märkischem Sand“ beschäftigt sich mit den Ungerechtigkeiten bei der Bodenreform in der DDR und den weiteren Ungerechtigkeiten bei der Umwandlung der Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften (LPG) nach dem Ende der DDR.

Dass diese Schwerpunktsetzung kein Zufall ist, bestätigt Axel Vogel als Vorsitzender der Landtagsfraktion im Vorwort. Er weiß von der über die Jahrtausende währenden Umgestaltung des märkischen Sands durch menschliche Arbeit in fruchtbaren Boden, meint aber, es würden "all diese Veränderungen in Umfang und Geschwindigkeit von den Umgestaltungen der Landwirtschaftsstrukturen in der DDR weit übertroffen." Dabei kann er sich kaum als Opfer der SED-Politik darstellen. Geboren in Bochum, hat er die Partei "Die Grünen" in der Bundesrepublik mitbegründet und lange für deren Landtagsfraktion in Bayern gearbeitet.

Die DDR kann er erst nach deren Ende kennengelernt haben, als er ab 1991 erst in der Projektgruppe "Großschutzgebiete", dann als Abteilungsleiter in der Umweltverwaltung des Landes Brandenburg gearbeitet hat. Er und eine Reihe weiterer Autoren des Sammelbands wollen die beklagenswerten Irrwege der Agrarpolitik als nahtlosen Übergang der alten Eliten aus der Plan- in die Marktwirtschaft deuten.

Die Opfer der Bodenreform seien durch das Zusammenwirken von alten SED-Kadern, die sich in der Leitung der Großbetriebe behaupten konnten, mit dem konservativen Deutschen Bauernverband West (DBV) und dessen willfährigen Brandenburger Landesbauernverband (LBV) ein zweites Mal um ihr Hab und Gut gebracht worden. Doch das ergibt nur ein blasses Bild, da kaum Betriebe und Personen mit Namen genannt oder Abläufe im Detail beschreiben werden. Die wenigen namentlich genannten Personen sind Politiker der SPD, wie der ehemalige Agrarminister Edwin Zimmermann oder der Abgeordnete und LBV-Vorsitzende Udo Folgert.

Es drängt sich der Eindruck auf, dass ehemalige Bürgerrechtler aus der DDR hier ihren Frust über ihre Bedeutungslosigkeit

abladen wollten. Als Gegenentwurf zu den Großbetrieben wird das süddeutsche Modell der Familienbetriebe auf der eigenen Scholle propagiert, die in der DDR bereits von den LPG und ihren Nachfolgern aufgesogen wurden.

Infolgedessen ist das Referenzszenario nicht das Brandenburg der preußischen Junker mit ihren, oft von Verwaltern aus dem Bürgertum durchorganisierten und nach neuesten wissenschaftlichen Erkenntnissen geführten Betrieben mit einem schlecht entlohnten, rechtlosen landwirtschaftlichen Proletariat, sondern die nach der Enteignung der Junker und Aufteilung derer Flächen entstandenen Neusiedler. Ein Modell, das sich angesichts von Akteuren ohne Vorkenntnisse in der Landwirtschaft und dem Mangel an Arbeitsgerät als wenig erfolgreich erwies. Aber kühn wird behauptet: "Als [...] Wilhelm Pieck am 2. September 1945 zur Bodenreform aufrief, war sie längst beschlossene Sache. [...] Doch wie so oft in den kommenden Jahren und Jahrzehnten versuchte die Partei, die von ihr verfolgte und brachial durchgesetzte Politik so zu präsentieren, als sei sie der Vollzug spontaner Masseninitiativen". Die Autoren lassen jedes Verständnis für die antifaschistische Grundstimmung nach dem Ende des 2. Weltkriegs vermissen und geißeln die DDR-Landwirtschaft als hochgradig ineffizientes, Umwelt zerstörendes System, das von ignoranten und inkompetenten SED-Bonzen geleitet wurde.

Es wird schlicht ignoriert, dass so kaum die Grundversorgung eines 17 Millionen-Volkes zu gewährleisten gewesen wäre - von den Eiern und dem Schweinefleisch für West-Berlin ganz abgesehen. Ignoriert wird, dass die LPG-Bauern den Luxus einer Neubauwohnung, regelmäßigen Urlaub, Krankenversorgung, Kinderkrippe sehr wohl zu schätzen wussten und sich engagiert und fachlich hochqualifiziert um Ackerbau und Viehzucht gekümmert haben.

Natürlich war nicht alles in der DDR-Landwirtschaft uneingeschränkt richtig. Gerade aus ökologischer Sicht gibt es vieles zu kritisieren, aber es gab eben auch positive Ansätze, die in der pauschalen Verdammung durch B'90/Die Grünen untergehen. Beispielsweise die planmäßige Organisation von Fruchtfolgen zur Steigerung der Bodenfruchtbarkeit über mehrere Jahre oder der Anspruch, das Futter für die Tierproduktion in der Region anzubauen. Prinzipien, die heute durch die Tendenz zur Regionalisierung wieder höchst aktuell sind. Sogar an der Nutzung von regenerativen Energien, wie Biogas, wurde in den 1980er gearbeitet und ohne die politischen Veränderungen hätte die DDR hier vermutlich eine Spitzenposition in Europa eingenommen.

Es ist den Herausgebern hoch anzurechnen, dass auch andere Stimmen zu Wort kommen. So schildert Thomas Jülke, kein SED-Genosse, aus Sonnewalde lebendig, faktenreich und humorvoll, wie er als studierter Genossenschaftsbauer 1989 zu der Rolle kam, einen Betrieb mit 1.000 Mitarbeitern, 7.500 ha Ackerfläche und Ställen voller Vieh im neuen System am Leben zu erhalten. Er hält nichts von der naiven Kritik an Großbetrieben und schreibt: »Kann eine Bäuerin, die morgens in aller Frühe die Kühe melkt, dann die Schulstullen für die Kinder schmiert, noch schnell den Gemüsegarten versorgt, im Hofladen den selbstgemachten Käse an die gut ausgeruhte Kundin aus der Stadt verkauft, nach Mittag die Schularbeiten der Kinder kontrolliert, [...] nach dem zweiten Melken [...] eigentlich noch die Buchhaltung erledigen?«. Die Agrargenossenschaft Sonnewalde e.G. ist heute ein moderner Großbetrieb auf 2.290 ha.

Auch ökologischer Landbau kann in großem Stil betrieben werden, wie das Beispiel Brodowin zeigt. Aus einer LPG wurde ein Demeter-Betrieb im UNESCO Biosphä-

renreservat Schorfheide-Chorin mit 70 festangestellten Mitarbeitern. Es werden jährlich 4 Millionen l Milch und Milchprodukte von 260 Milchkühen und ebensovielen Ziegen in der eigenen Molkerei verarbeitet.

Die Vermarktung von Bio-Produkten, speziell auf dem Berliner Markt, ist das Thema der Analyse von Michael Wimmer, dem Geschäftsführer der Fördergemeinschaft ökologischer Landbau (FÖL). Trotz der rasch wachsenden Nachfrage in Berlin, der Hauptstadt der Bio-Supermärkte, nehmen die Ökoflächen in Brandenburg, nach einem furiosen Start in den 1990er Jahren, kaum noch zu. Wimmer ortet das Problem in den fehlenden Strukturen zur Weiterverarbeitung der Rohware zu Produkten, wie sie von den Kunden verlangt würden, etwa Tiefkühlkost, Wurst oder gar Convenience-Produkten. Neue Molkereien in Müncheberg, Lobetal oder Brodowin sieht er als Hoffnungsschimmer.

Das Konfliktfeld »Landwirtschaft und biologische Vielfalt untersucht Tom Kirschey, der Landesvorsitzende des NABU Brandenburg. Er lenkt den Blick auf die Entwässerungsgräben, die er als »klaffende Wunden in der Landschaft bezeichnet. Es sei bekannt, dass damit das Wasser flächenhaft rasch abgeführt würde, was wiederum zu Überschwemmungen an anderer Stelle führe, und trotzdem seien diese von der Landesregierung in die Liste der von der EU-Wasserrichtlinie geschützten Gewässer aufgenommen worden. Kirschey bezweifelt, dass allein die DDR-Strukturen für die Fehlentwicklungen in Brandenburgs Landwirtschaft verantwortlich seien. Es seien 20 Jahre ins Land gegangen, in denen man die Weichen hätte anders stellen können.

Auf die oft unterschätzte Bedeutung der Honigbiene weist Wolfgang Voigt, vom Landesverband der brandenburgischen Imker hin, er muss aber feststellen, dass die Studien zum Zusammenhang zwischen Wald-

sterben, Artenrückgang, Klimawandel und Honigbiene von der Landesregierung ignoriert werden.

Einen Teilerfolg kann Christof Potthof vom Gen-Ethischen Netzwerk verzeichnen. Die rot-rote Koalition habe sich im Herbst 2009 für ein Konzept der gentechnikfreien Landwirtschaft ausgesprochen. Offensichtlich die Reaktion auf jahrelange Proteste und Aktionen, bis zu »Feldbefreiungen« im ganzen Land, das schon 8 gentechnikfreie Regionen mit zusammen 100.000 ha aufweist. Potthof spricht die Probleme, speziell in der SPD mit ihren personellen Verflechtungen an, die einer konsequenten Umsetzung entgegenstehen.

...

Das Buch schließt mit einem agrarpolitischen Konzept, in dem die Positionen zu den einzelnen Politikfeldern knapp umrissen werden.

Der Band stellt eine unverzichtbare Materialbasis für jeden dar, der sich mit Gegenwart und Zukunft der Landwirtschaft in Brandenburg beschäftigen will. Die Darstellung der Vergangenheit und ihrer Auswirkungen ist ideologisch bestimmt, was sich aus der Geschichte der Partei B'90/Die Grünen erklärt. Mit den undifferenzierten Angriffen gegen Großbetriebe und einer pauschalen Kappung bei Direktzahlungen werden sie bei Brandenburgs Agrariern keinen Fuß auf den sandigen Boden bekommen.

*Umbrüche auf märkischem Sand
Brandenburgs Landwirtschaft im Wandel der
Zeit - Entwicklungen, Risiken, Perspektiven.
Fraktion Bündnis 90, Die Grünen im Branden-
burger Landtag (Hrsg.; Juli 2011, Oekom Ver-
lag München, 200 Seiten, 14,90 Euro.*

Beiträge zur Umweltpolitik „Im Krieg und im Frieden – Militär vernichtet Umwelt“

In Vorbereitung unserer Konferenz am 26.11.2011 (siehe Innenseite) erschien eine neue Broschüre in unserer Reihe „Beiträge zur Umweltpolitik“, die die ÖPF gemeinsam mit der BAG Frieden und Internationale Politik herausgegeben hat.

In der Einleitung heißt es:

„Für einen Umweltkrieg bedarf es nicht unbedingt des direkten Einsatzes von ABC-Waffen. Es reicht aus, chemische und petrochemische Industrieanlagen zu bombardieren.

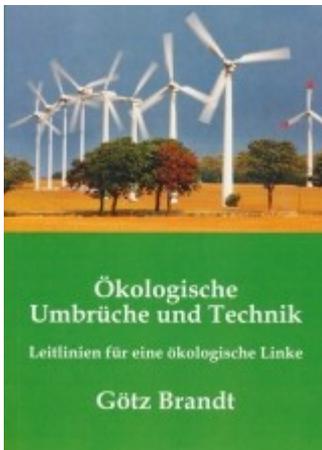
Im Jugoslawien-Krieg hat sich die rot-grüne Bundesregierung an einem Umweltkrieg direkt beteiligt und damit nicht nur das Grundgesetz verletzt, sondern auch Völkerrecht. Dieser Aspekt spielte sowohl bei der SPD als auch bei der Partei DIE GRÜNEN, die als Umweltpartei schlechthin gilt, keine Rolle.

Jeder Krieg und jede Waffe schädigt die Umwelt. Die vorliegende Broschüre thematisiert einen bislang in den friedens- und militärpolitischen Diskursen weniger berücksichtigten Aspekt. Die Broschüre soll über die Völkerrechtssituation, das Waffenarsenal und die Wirkung der Umweltwaffen, die Auswirkungen von ökologischen und Umweltkriegen informieren, Problembewusstsein schaffen und politische Schlussfolgerungen für DIE LINKE ableiten.“ (Aus dem Vorwort von A. S. Neu, Mitglied des SprecherInnenkreises der Bundesarbeitsgemeinschaft Frieden und Internationale Politik (BAG FiP) sowie Redaktionsmitglied der Zeitschrift Wissenschaft & Frieden)“

Die Broschüre kann wie immer über die ÖPF bezogen bzw. unter <http://www.die-linke.de> heruntergeladen werden.

Inhaltsverzeichnis

In eigener Sache.....	1
Konferenzbericht	1
Unser Internetauftritt.....	1
Aufruf für Kandidaturen zum PT.....	1
Erste Einschätzung des Erfurter Parteitages und der Programmdebatte innerhalb der Ökologischen Plattform.....	1
Die Ökologie im Parteiprogramm.....	3
Aus den Ländern.....	4
Position zu ausgewählten Aspekten der Energiestrategie des Landes Brandenburg.....	4
Atomkraft/Energie.....	7
Wir haben sehr vernünftige Gründe.	
DIE LINKE will sofortigen Atomausstieg - (wie) geht das?.....	7
Das Gesetzspaket führt zu einer extremen sozialen Schieflage.....	10
Konsequent für neue Energie?.....	12
Gedankenlöcher im Energiediskurs	13
EURATOM-Entsorgungsrichtlinie stellt Gorleben und Lubmin nicht in Frage.....	15
Neue deutsche Nationalhymne.....	15
Rohstoffe und Umwelt.....	16
NaturFreunde kritisieren geplanten Uranabbau in Tschechien	16
Auf Sand gebaut – Wie Freihandel die Teersand-Extraktion vor der Umwelt schützt.....	17
Bundesregierung bringt neue Rohstoffstrategie auf den Weg	17
Photovoltaik.....	19
Windenergie.....	20
Elektromobilität – ein neuer Markt für ein altes Mobilitätskonzept.....	22
Umweltnachrichten.....	23
Investitionsschutz.....	23
Hunderttausend gegen Gentechnik.....	23
Flugzeuge genießen Vogelschutzstatus.....	24
Bücherecke.....	24
Götz Brandt liest in seinem Buch den Parteien die Leviten, fordert grüne Wirtschaftspolitik.....	24
Grüne in Brandenburg auf sandigem Boden.....	25
Beiträge zur Umweltpolitik „Im Krieg und im Frieden – Militär vernichtet Umwelt“.....	28



Autorenangaben

Gesine Franke und Manfred Wolf sind Mitglieder des SprecherInnenrates.
Prof. Dr. Wolfgang Methling ist Mitglied des Parteivorstandes, Fraktionsvorsitzender Landtag MV, Vorsitzender KV Rostock.
Eva Bulling-Schröter, MdB ist Vorsitzende des Umweltausschusses.
Bernd Brouns ist Referent für Energie- und Umweltpolitik der Bundestagsfraktion .
Saral Sakar ist Publizist und Mitbegründer der "Initiative Ökosozialismus".
Sabine Wils, MdEP DIE LINKE im EP, Konföderale Fraktion GUE/NGL
Dieter Bauer ist Mitglied der Ökologischen Plattform.
Roland Schnell ist Mitglied der Ökologischen Plattform.
Marko Ferst ist Mitglied der Ökologischen Plattform.

Abbildungsverzeichnis

Titelblatt: Dietrich Antelmann

Neubau der Reaktorhalle im Helmholtz-Forschungszentrum (siehe auch "Krise als Chance" in Ossietzky 23; 12.11.2011, S. 884-886)

Impressum

Kontakt:

Ökologische Plattform bei der Partei DIE LINKE
Kleine Alexanderstr. 28, 10178 Berlin
E-Mail: oekoplatzform@die-linke.de
Internet: www.oekologische-plattform.de
Die ÖPF ist ein anerkannter Zusammenschluss der LINKEN und arbeitet als bundesweite Arbeitsgemeinschaft.

Herausgeber

Sprecherrat der Ökologischen Plattform

Redaktion:

zeitschrift-oekoplatzform@web.de
ab 2012: tarantel@oekologische-plattform.de (ausschließlich für Veröffentlichungen)
Redaktionsschluss: 15.11.2011
Beiträge, Leserbriefe, Buchempfehlungen bitte möglichst in abdruckbarer Form per E-Mail einsenden.
Über eine Veröffentlichung entscheidet der Sprecherrat.
Veröffentlichte Beiträge, auch einzelner Autoren der Ökologischen Plattform, spiegeln nicht in jedem Fall die Auffassung der Ökologischen Plattform als Ganzes wider.
Beiträge ohne Quellenangabe stammen von den Autoren, Beiträge ohne Autorenangaben in der Rubrik IN EIGENER SACHE von der Redaktion.
geplanter Redaktionsschluss für die nächste Ausgabe: 15.2.2012
Elektronische Fassungen dieser und älterer Ausgaben sind unter www.oekologische-plattform.de bzw. www.die-linke.de verfügbar.

Bestellung/Adressänderung:

kontakt-oekoplatzform@web.de
ab 2012: kontakt@oekologische-plattform.de

Spenden für die „Tarantel“ und ÖPF:

Volksbank Berlin, BLZ 10090000, Konto 5000600000, VVWZ
Ökologische Plattform

Kontaktadressen

Neuaufnahmen, Veränderungen, Ergänzungen bei Adressen/ Abonnement der Tarantel bitte über kontakt-oekoplatzform@web.de

Bundesebene

Ökologische Plattform

Kleine Alexanderstr.28, 10178 Berlin, www.oekeologische-plattform.de, oekoplatzform@die-linke.de

Manfred Wolf, 030 2411127, manfredwolfberlin@gmx.de

Petra Beck, pcbe@gmx.net

Götz Brandt, Prof.Goetz.Brandt@t-online.de

Mailverteiler (Newsletter): Anmeldung unter kontakt-oekoplatzform@web.de

Pressekontakt: presse-oekoplatzform@web.de

BAG Umwelt-Energie-Verkehr

Uwe Fiedler (Koordination), Auf der Kugel 15, 58093 Hagen, hageneruwe@googlemail.com

Bundestag

Eva Bulling-Schröter (Vorsitzende Umweltausschuss), Tel. 030 22772485, Fax 030 222776485

eva-bulling-schroeter.ma01@bundestag.de

Dorothee Menzner (energiepolitische Sprecherin), Tel.030 227-73167, Fax 030 227-76166, dorothee.menzner@bundestag.de

Ralph Lenkert (umweltpolitische Sprecher), Tel. 030 227-72638, Fax 030 227-76638, ralph.lenkert@bundestag.de

Sabine Stüber (Naturschutz, Biodiversität, Lärmschutz), 030 227-72138, sabine.stueber@bundestag.de

Landesebene

Baden-Württemberg

Heinrich Dubell, Heggbacher Str. 41, 88477 Schönebürg, h.dubell@online.de

Bayern

LAG Umwelt, Bahnhofstraße 5, 85051 Ingolstadt, Tel. 0841 3796284, eva.bulling-schroeter@wk.bundestag.de

Marianne Selke, marianne-selke@t-online.de

Berlin

Marion Platta (MdA, Umwelt), Niederkirchnerstr. 5, 10111 Berlin, Tel. 030 23252550, platta@linksfraktion-berlin.de

Brandenburg

Norbert Wilke Großbeerenstr. 7 14482 Potsdam 01520 2875749 norbert.wilke@dielinke-brandenburg.de (LAG Umwelt)

Carolin Steinmetzer-Mann (MdL, umweltpolitische Sprecherin), Am Havelblick 8, 14473 Potsdam, carolin.steinmetzer@dielinke-fraktion.brandenburg.de

Bremen

Klaus-Rainer Rupp (Mitglied Bürgerschaft, Umwelt), Tiefer 8, 28195 Bremen, klaus-rainer.rupp@linksfraktion-bremen.de

Hamburg

Gilbert Siegler, Braamwisch 41, 22175 Hamburg, g.siegler@web.de (AG Umwelt, Energie, Verkehr)

Dora Heyenn (Mitglied Bürgerschaft, Umwelt), Rathausmarkt 1, 20095 Hamburg, dora.heyenn.ma1@linksfraktion-hamburg.de

Hessen

Hajo Zeller, Weidenhäuser Str. 78/80, 35037 Marburg, Tel. 06421 163873, hajo.zeller@web.de (ÖPF Hessen)

Marjana Schott (MdL, Umwelt- und Landwirtschaftspolitik), Schlossplatz 1-3, 65183 Wiesbaden, m.schott@ltg.hessen.de

Mecklenburg-Vorpommern

Dr. Mignon Schwenke (MdL, Umwelt), Lennestr. 1, 19053 Schwerin, m.schwenke@dielinke.landtag-mv.de Tel. 9385 5252531

Ute Spriewald (LAG Nachhaltige Entwicklung) u.spriewald@dielinke.landtag-mv.de

Niedersachsen

Heinz Preuß (ÖPF NS, Koordinierungsrat ÖPF), Sedanstr. 6, 31787 Hameln, Tel. 05151 409481, Hpborusso@aol.com
Rolf Köhne, Mispelweg 6, 30419 Hannover, rolf.koehne@arcor.de

Kurt Herzog (MdL, Umwelt), Hinrich-Wilhelm-Kopf-Platz 1, 30159 Hannover, kurt.herzog@lt.niedersachsen.de

Nordrhein-Westfalen

Ralf Henrichs, Kellermannstr. 13, 48149 Münster, Tel. 0151 18479447, ralfhenrichs@gmx.de

Jörg Bütefuer, Spittlerstr. 24, 45144 Essen, joerg.buetefuer@gmx.de (ÖPF NRW, www.oepf-nrw.de)

Michael Aggelidis, MdL, Energie- und Technologiepolitik, michael.aggelidis@landtag.nrw.de

Hamide Akbayir, MdL, Umweltpolitik, Verbraucherschutz, Agrarpolitik; hamide.akbayir@landtag.nrw.de

Rheinland-Pfalz

Marion Morassi, Walporzheimer Str. 5, 53474 Ahrweiler, marion-morassi@t-online.de

Wolfgang Huste, whuste@aol.com (LAG ÖPF RP)

Saarland

Dagmar Ensch-Engel (MdL, Umwelt- und Tierschutz), Franz-Josef-Röder-Straße 7, 66119 Saarbrücken,

dagmar.ensch-engel@dielinke-saar.de

Sachsen

Sabine Kunze, Jahnstr. 1, 02929 Rothenburg, Tel. 035891 35290, an-sa-kunze@t-online.de

Michael-Alexander Lauter, Schrammsteinstr. 9, 04207 Leipzig, Tel. 0341 9424882, micha.lauter@web.de; (ADELE – ÖPF SA)

Marco Böhme, marco.boehme@linksjugend-sachsen.de

Dr. Jana Pinka (MdL, Umwelt- und Technologiepolitik), Bernhard-von-Lindenau-Platz 1, 01067 Dresden, jana.pinka@slt.sachsen.de

Dr. Monika Runge (MdL, Energie- und Klimaschutz), Bernhard-von-Lindenau-Platz 1, 01067 Dresden,

monika.runge@slt.sachsen.de

Sachsen-Anhalt

Frigga Schlüter-Gerboth, Ernst-Haeckel-Str. 5, 06122 Halle, Tel. 0345 29418-63, (AG Umwelt SN)

Angelika Hunger (MdL, Verbraucherschutz, Energiepolitik), Domplatz 6-9, 39104 Magdeburg,

Angelika.hunger@dielinke.lt.sachsen-anhalt.de

Andre Lüderitz (MdL, Umweltpolitik), Domplatz 6-9, 39104 Magdeburg, andre.luederitz@dielinke.lt.sachsen-anhalt.de

Schleswig-Holstein

Silke Mahrt, Amselweg 7, 23843 Bad Oldesloe, silke.mahrt@web.de

Dettmer Grünefeld, Bendixenweg 6, 24975 Ausackerholz b. Flensburg, Tel. 04633 966624,

dettmergruenefeld@hotmail.com (ÖPF-SH)

Thüringen

Dr. Johanna Scheringer-Wright, johanna@scheringer.de

Thomas Pätzold, webmaster@oekosozialisten.de (ÖPF TH, <http://oekosozialisten.de>)

Tilo Kummer (MdL, Landwirtschaft), Jürgen-Fuchs-Str. 1, 99096 Erfurt, Tel. 0361 3772317,

kummer@die-linke-thl.de

Katja Wolf (MdL, Umwelt) Jürgen-Fuchs-Str. 1, 99096 Erfurt, wolf@die-linke-thl.de

linke und ökologische Medien

Dr. Steffen Schmidt (Wissenschafts- und Umweltredakteur Neues Deutschland), Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin,

s.schmidt@nd-online.de,

<http://www.neues-deutschland.de/rubrik/umwelt>

Der Rabe Ralf, Umweltzeitung für Berlin und Brandenburg, Prenzlauer Allee 230, 10405 Berlin, Tel.030 44339147,

www.grueneliga-berlin.de/raberalf